

**EINGANG**

Aus sicherheits-  
technischen Gründen ist  
das Gebäude B am  
02.07.03 ab 13.00 Uhr  
geschlossen!  
Bitte Eingang Geb. A  
benutzen!



# **Veranstaltungsreihe**

**zu Repression,  
Knast, Justiz**

**»Gesellschaft ohne Strafe«**

**2. März bis 30. April 2005, Gießen**

**Vorträge, Diskussionen, Aktionen  
Prozess gegen Projektwerkstattler  
Filme, Ausstellungen  
Die neue Dokumentation 2005**

Staatsanwaltschaft

## Was will Repression bewirken?

Durch massives, gewaltsames und autoritäres Auftreten soll eine Einschüchterung erzielt werden. Angstmechanismen der Menschen werden wach gerufen. Angst vor Schmerzen, Angst vor finanziellen Konsequenzen oder Eintragungen im polizeilichen Führungszeugnis. Bei jedem Menschen existieren verschiedenste – meistens durch die Umwelt und die Gesellschaft erzeugte – Ängste, die durch Einschüchterung geweckt werden sollen.

Fehlverhalten wird bestraft, sanktioniert bzw. normgerechtes Verhalten gegebenenfalls gelobt. Dadurch wird via Lernprozess eine Norm gebildet, die weit über formale Regelwerke und deren Wirkung hinaus geht. Vorgesetzte Regeln sollen nicht nur einfach eingehalten werden, weil Repressionsorgane existieren, sondern auch so internalisiert werden, dass jegliche Abweichungen von der Norm wie automatisch gesellschaftlich sanktioniert wird, da es als fehlerhaftes Verhalten wahrgenommen wird.

Damit setzt Repression nicht erst dort an, wo Grenzüberschreitungen, Regelverstöße, usw. getätigt wurden, sondern wirkt schon auf die alltäglichen Handlungen und die Ansichten von Menschen ein. Wenn eine Norm erst einmal verinnerlicht ist – wie, dass Aneignung per se etwas Schlechtes darstellt – dann richtet der Mensch seine Handlungen und Absichten auch nach dieser normierten Wertigkeit aus und bezieht viele Handlungsmöglichkeiten gar nicht mehr in Betracht.

Durch diese Selbstregulation und sowohl der Bedienung von vorhandenen Ängsten als auch des Schürens neuer Ängste werden Menschen immer weiter handlungsunfähig gemacht. Im Angesicht einer durch und durch normierten Gesellschaft in Verbindung mit einer starken, legitimierten staatlichen Gewalt erscheint jegliche abweichende Handlung als eine sich selbst überwindende Aktion. Und das ist ja auch das Ziel von Repression: Menschen kämpfen nicht mehr nur gegen Staatsorgane, Institutionen, Regeln und Gesetze, sondern immer mehr mit sich selbst.



## Was will kreative Antirepression bewirken?

Emanzipatorische Antirepressionsarbeit hat die Stärkung des/der Agierenden und die öffentliche Sichtbarmachung von Herrschaft und ihren Mitteln samt Visionen jenseits von Herrschaft zum Ziel. Aktionen in Repressionsituation, der Umgang mit Repression und Kontrolle oder auch die aktive Handlung an Orten der Repression soll die Kritik an Strafe, Autorität und Kontrolle vermitteln sowie für eine Welt ohne solche Unterdrückungs- und Normierungsformen werben. Daher ist die Vermittlung immer entscheidender Bestandteil von kreativer Antirepression. Nicht die Repressionsorgane selbst, sondern die BeobachterInnen bis Beteiligten an den Abläufen sind wichtig.

Für die Menschen, die kreative Antirepression nutzen, geht es zudem um die Stärkung ihrer Handlungsmöglichkeiten und ihres Rückgrats, das Abbauen von Angst und Unsicherheit. Um eigenständig zu handeln, braucht ein Mensch vor allem Wissen und Erfahrung. Die Aneignung kreativer Methoden im Umgang mit dem autoritären Staat durch Trainings und Seminare ist deshalb Grundvorausset-

zung. Egal welches Gesicht uns der Staat gerade zeigt, wir üben unser Verhalten gegenüber Prügelbullen und Verhörbullen, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft, Gericht und Knast.

Leider gibt es nicht nur sehr wenige Menschen und Gruppen, die sich mit kreativer Antirepression auseinandersetzen – auch etliche einflussreiche Personen aus den Eliten politischer Gruppen greifen die Idee bislang eher an. Mit ihrer Zurichtung auf bestimmte Verhaltensstandards stützen sie eher die Normierung der Gesellschaft, gleichzeitig gehen viele Chancen verloren für öffentliche Aktionen. Denn Repression ist nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine Chance. Wo sich Autorität und Gewalt von oben zeigt, kann sie thematisiert werden ... sei es kommunikativ, sichtbar, subversiv oder militant. Doch ob verstecktes Theater, Rollenspiel bei Festnahmen oder Aktionen gegen Überwachung – wichtig ist die inhaltliche Vermittlung von Kritik und Vision.

Mehr unter [www.projektwerkstatt.de/antirepression](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression).

## Und was will dieses Programm?

Am 10. März 2005 beginnt vor dem Landgericht Gießen die Berufsverhandlung gegen zwei Projektwerkstättler. Nicht dass solche Prozesse gegen unerwünschte KritikerInnen der herrschenden Politik etwas Ungewöhnliches wären – nein: Staatsanwalt Vauppel und die Gießener AmtsrichterInnen wie Wendel und Kaufmann sind akribisch und energisch dabei, wenn es gilt, unliebsame Geister einzuschüchtern oder hinter Gitter zu bringen. Nicht viel anders handelt die Polizei in Gießen. Dazu werden auch schon mal Straftaten ganz ausgedacht oder Gesetze verbogen. Gleichzeitig engagieren sich dieselben VertreterInnen interessensgeleiteter Justiz dabei, die Obrigkeit vor Strafe zu schützen.

Der benannte Prozess ist aber doch etwas Besonderes. Er umfasst 13 Anklagepunkte und ist eine Art große Abrechnung der Regierenden mit Menschen, die sich nicht abgeben mit der Lage in der Gesellschaft. Der Prozess wird

über viele Verhandlungstage gehen und Platz bieten für die Thematisierung dessen, wie Politik, Polizei, Presse und Justiz im Raum Gießen arbeiten, fälschen, erfinden und hetzen. Der Prozess ist öffentlich und hiermit erfolgt eine herzliche Einladung, sich das Schauspiel nicht entgehen zu lassen – es sei denn, mensch möchte weiterschlafen in dem Irrtum, der Rechtsstaat sei für die Menschen da.

Rund um den Prozess haben wir ein Programm von Veranstaltungen entworfen, in dem es auch um Grundlegendes geht: Ist Strafe nicht insgesamt abzulehnen? Wie kann eine Gesellschaft ohne sie aussehen? Wie arbeiten Polizei und Justiz?

Wir würden uns freuen, wenn viele Menschen die Chance ergreifen, hier und da ein paar spannende Beispiele und Informationen aufzuspüren oder auch selbst aktiv zu werden. Zwei Monate in Gießen, die einiges erhellen können ...

# Einheitsbrei

*Einheitsbrei und Recht statt Freiheit  
Für ein ordentliches Land.  
Danach laßt uns alle streben  
Profitabel fürs Wirtschaftsland*

*Einfalt herrscht und Recht am  
Eigentum  
Darin zählt das Leben nicht  
Glüh als Ganzes statt des  
Ordnungswahns,  
glühe Gießener Amtsgericht*

Begleitung:

A A7 D A7 D  
G D A7 D A7 D A

*Original- und Erstaufführung durch  
eine Zuschauerin im Prozess am  
15.12.2003 nach Verkündung des  
Urteils. Folge: Gewalttätigen  
Entfernung aus dem Gerichtssaal auf  
Befehl von Amtsrichter Wendel.*

20. Februar bis 11. März

**Widerstands-  
und Utopietage**

**20.2.**

**Ort: Projektwerkstatt in Saasen**  
Drei Wochen Diskussionen, Workshops und Übungen zu Selbstorganisation, Direct-Action, Dominanzabbau und Herrschaftsfreiheit. Mehr unter [www.wut2005.de/vu](http://www.wut2005.de/vu) - dort steht auch immer das aktuelle Tagesprogramm mit Workshops, die auch ein einmaliges Vorbeikommen lohnen. Für alle die, nicht keine drei Wochen Zeit haben (warum eigentlich nicht?).

# Veranstaltungsorte

- Alte UB, Raum 3 (Alte Universitätsbibliothek), Ecke Bismarckstr./Kepplerstr. Haupteingang von vorn, abends oft nur Hintereingang nutzbar, d.h. über Parkplatz von Kepplerstr. Eingang auch über Cafe Ö (siehe unten).
- Cafe Ö: Seitlich am Gebäude der Alten UB runtergehen zur Stahltür. Von Bismarckstr. aus rechte Seite.
- Infoladen/AK44: Alter Wetzlarer Weg 44 (zwischen Hauptbahnhof und Frankfurter Straße)

- Landgericht: Ostanlage an der Ecke zur Gutfleischstr., direkt vor dem Gefängnis
- FH, Raum G 2: Fachhochschule in der Wiesenstr., Gebäude G, Raum 2.
- Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (per Zug und Bus erreichbar, Haltestelle Saasen/Bahnhof). Die Ludwigstraße zweigt vom Dorfplatz ab ([www.projektwerkstatt.de/saasen](http://www.projektwerkstatt.de/saasen)).

Mittwoch, 2. März, 14 Uhr

**Prozess gegen  
eine Aktivistin**

**Ort: Landgericht, Raum 227  
(2. Stock)**

Die Aktivistin hatte bei einer Aktion gegen die Prügelgarde der Bereichspolizei Lich mit Kreide „Fuck the police“ auf einen Parkplatz gemalt. Das ist erlaubt, dazu gibt es viele Gerichtsurteile. Anders die Gießener Justiz: Sie hätte konkret den Grünberger Polizisten Koch gemeint, daher wäre es eine Beleidigung. Der ist zwar gar nicht bei der Licher Truppe, aber Logik zählt im Gießener Amtsgericht ohnehin nicht. Hauptsache verurteilen. Mehr in der neuen Dokumentation 2005. Ab 14. März: [www.polizeidoku-giessen.de.vu](http://www.polizeidoku-giessen.de.vu).

# Veranstaltungsformen

- Fish Bowl: Diskussionsverfahren, bei denen geladene Gäste und ZuschauerInnen gleichberechtigt miteinander diskutieren – Alternative zum Podium. Die Methode wird zu Beginn erklärt (mehr zu Dominanzabbau und Fish Bowl unter [www.hierarchnie.de/vu](http://www.hierarchnie.de/vu))
- Soli-Vokü: Abkürzung für Solidaritäts-Volkküche ... lecker Essen gegen Spende, die zur Finanzierung des Prozesses genutzt wird.
- Prozess: Seltsame Veranstaltungsform im Rechtsstaat, in dem einzelne Personen mit autorität wirkenden Kostümen Gott spielen, in

dem sie bestimmen, was die Wahrheit ist, Menschen die Freiheit nehmen oder geben und auf einem thronähnlichen Möbelstück von oben herablicken auf das Volk, in dessen Namen sie ihre Weisheiten verkünden, ohne dieses jemals zu befragen. Meldet sich jemand aus dem „Volk“ (was auch immer dieser komische Begriff sagen soll) zu Wort, fliegt er/dieses sogar raus. Die göttliche Person wird wie ein König behandelt durch andächtiges Schweigen und Aufstehen beim Eintreten der Durchlaucht.

Mittwoch, 2. März, 20 Uhr  
**Präventiver Sicherheits-  
staat und deutsche  
(Groß-)Machtpolitik**

**Ort: AK44/Infoladen**  
Workshop zum Zusammenhang von Sozialabbau, Militarisierung der Außenpolitik und verstärkter Repression plus Infos zu konkretem Verhalten gegenüber Polizei, Gerichten usw. Von und mit: Rote Hilfe, Ortsgruppe Gießen.



# Ständige Informationen

Dieses Programmheft zeigt den Stand vom 10. Februar 2005. Es können ständig neue Veranstaltungen und Aktionsideen hinzukommen. Ebenfalls kann über den Prozess nichts Endgültiges vorhergesagt werden – gibt es doch zu viele Unwägbarkeiten hinsichtlich weiterer oder des Ausfalls von ZeugInnen, befangener RichterInnen und vieles mehr. Aktuelle Informationen gibt es an den Prozesstagen über das Prozess-Handy 0171/8348430 sowie an anderen Tagen über die Projektwerkstatt unter 06401/903283. Außerdem aktualisieren wir möglichst ständig die Internetseite und den Terminplan dort:

[www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)

Freitag, 4. März, 22 Uhr

## 4.3. Lesung von Gedichten, Geschichten und Erinnerungen

Ort: Gießen, Kennedyplatz/Ostanlage auf dem öffentlich zugänglichen Justizgelände gegenüber Arbeitsamt

Diese Aktion soll erinnern an eine skandalöse Polizeiaktion in Gießen. Sechs Tage vor der ersten Instanz des Prozesses wurden hier 12 Personen festgenommen, als sie Gedichte vorlasen. Die Polizei erfand Farbschmierereien und einen versuchten Brandanschlag (siehe Rückblick rechts). Am 4.3. ist es wieder sechs Tage vor dem ersten Verhandlungstag. Sechs Tage - solange können Polizei und Gerichte in Hessen Menschen ohne Anklage einsperren ...

Die Lesung ist selbstorganisiert, d.h. alle BesucherInnen können eigene Texte, Kerzen, Lichter usw. mitbringen. Davon wird die nächtliche Kunst auch leben. Wer nichts mitbringt, ist trotzdem herzlich eingeladen.

Samstag, 5. März, 14-17 Uhr

## 5.3. Umsonstladen unterwegs

Ort: Gießen, Drei Schwätzer/Seltersweg

Der Umsonstladen ist ein Ort, an dem Menschen abgeben, was sie nicht mehr brauchen - was aber noch brauchbar ist. Und alle sich nehmen können, was sie brauchen. Ohne bezahlen, ohne Tausch. Der Umsonstladen ist ständig im Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44 ... am 5. März aber unterwegs. Mit dabei: Informationen und Ausstellung über den bevorstehenden Prozess.

Montag, 7. März, 18 Uhr

## 7.3. Montags-Demo gegen Sozialabbau

Ort: Gießen, Seltersweg/Drei Schwätzer

Bei Interesse Thematisierung, Flugblätter, Redebeiträge usw. zu Sicherheitswahn und dem bevorstehenden Prozess.



# Hintergrund: 9.12.2003

## Polizei formt Gedichtelesung zu Brandanschlag

Das folgende Beispiel zeigt deutlich, mit welcher Energie und Einfallsreichtum die Gießener Polizei Straftaten und sogar Beweismittel erfindet. Das dient der Verfolgung unerwünschter, politischer KritikerInnen. Gießener RichterInnen, Staatsanwälte und die Tageszeitungen unterstützen die Kriminalisierung.

Für den 9.12.03 wurde im Internet eine offene Lesung auf dem Gerichtsgelände an der Ostanlage angekündigt. Gegen 22 Uhr fanden sich am Eingangsbereich der Staatsanwaltschaft (der hellste Punkt des Geländes, der deshalb für eine Lesung am besten geeignet war) etwa 8-9 Personen ein, weitere kamen später hinzu. Die Personen setzten sich dort zusammen auf den Boden und begannen mit der Lesung. Bereits nach wenigen Minuten wurde die Veranstaltung von ZivilpolizistInnen angesprochen und die Herausgabe der Personalien angeordnet. Da die Gruppe darauf zunächst nicht reagierte und mit der Lesung fort fuhr, forderte die nicht uniformierten Beamten Verstärkung an. In kurzer Zeit umstellten mehrere Einsatzfahrzeuge und eine Reihe PolizistInnen die Gruppe. Nach und nach wurden die Personalien aufgenommen und sämtliche Personen körperlich durchsucht - begleitet zwar von deutlichen Protestäußerungen, aber ohne Gegenwehr oder Widerstand. Gefährliche Gegenstände wurden dabei nicht gefunden - mit Ausnahme von Zetteln, auf denen Gedichte geschrieben standen ...

Nach Abschluss der Personenkontrollen und Durchsuchungen kam es dicke: 12 Personen wurden ohne Begründung für 18 Stunden in Gewahrsam genommen. Bekannt wurde Monate später, dass Staatsschutzchef Puff beim Amtsgericht eine Verlängerung des Gewahrsams beantragte bis zum Prozess, also sechs Tage - jedoch ohne Erfolg. Mittwoch um 17 Uhr wurden die 12 Personen frei gelassen - obwohl der Beschluss des Amtsgerichts bereits gegen Mittag vorlag.

Schon um 14 Uhr gab die Polizei eine Pressemitteilung heraus, die auch ins Internet eingestellt wurde: „Am Dienstag, dem

09.12.03, gegen 22.15 Uhr, wurden 12 Aktivisten am Eingang des Gebäudes der Staatsanwaltschaft Gießen in der Marburger Straße angetroffen. Diese Gruppe hatte offensichtlich die Absicht, Farbschmierereien zu begehen, da entsprechende Utensilien mitgeführt wurden.“ Den beiden Gießener Tageszeitungen lag rechtzeitig eine Richtigstellung vor. Doch der Gießener Anzeiger schrieb: „Die Gruppe hatte offenbar die Absicht, Farbschmierereien zu begehen, Geräte dazu hatte sie dabei.“ (11.12.2004, S.9). Der Gießener Allgemeine war die Erfindung der Polizei noch nicht genug - der als Polizeifreund bekannte Redakteur Bernd Altmeppen „bereicherte“ seinen Bericht um zusätzliche Lügen: „Bei unterschiedlichen Personen fanden sich Farben und andere Utensilien.“ (11.12.2004, S. 23). Noch dicker kam es aber ein halbes Jahr später: Die Polizei nahm eine Flasche Lösemittel und schob sie den Festgenommenen unter. Diese hätten einen Brandanschlag ausführen wollen, schrieb sie nun in die Akten.

Mehr in der neuen Doku 2005 und [www.projektwerkstatt.de/9\\_12\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/9_12_03).

## Zwölf Personen nahe des Amtsgerichts festgenommen

Gießen (ba). Zwölf verdächtige Personen sind am Dienstagabend von der Polizei in unmittelbarer Nähe der Justizgebäude festgenommen worden. Nach den neuerlichen Farbveranstaltungen an den Fassaden von Amtsgericht und Staatsanwaltschaft hatten die Beamten einen noch intensiveren Streifendienst in diesem Bereich eingerichtet. Bei unterschiedlichen Personen fanden sich Farben und andere Utensilien. Elf der zwölf Verdächtigen verbrachten die Nacht im Polizeigewahrsam und wurden gestern Nachmittag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zuvor hatten die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in enger Zusammenarbeit entschieden, dass das neue Unterbringungsgewahrsam nicht zur Anwendung kommen soll. Das hätte eine Festsetzung der Personen bis zu sechs Tagen ermöglicht.

Die Festgenommenen kommen offenkundig aus dem Dunstkreis der Projektwerkstatt Saasen. Ihr Rädelstführer muss sich in der kommenden Woche vor dem Gießener Amtsgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vor.

# Rückblick: 1. Berufung

Donnerstag, 10. März, 9 Uhr  
Beginn der Gerichtsverhandlung **10.3.**

## Pleiten, Pech und CDU-RichterInnen

Am 15.12.2003 verurteilte Amtsrichter Wendel in einem absurden Urteil zwei Projektwerkstättler zu hohen Strafen. Nachweisen konnte er keine Tat – aber er konstruierte seltsame Bezüge und Indizien. Urteil und Hintergründe sind in der letztjährigen Dokumentation sowie unter [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess) nachzulesen. Am 23.-25.6.2004 sollte nun die Berufung laufen – doch die scheiterte zunächst. Der Grund sagt einiges über die Unabhängigkeit der Justiz: Hätte das Los gegolten, wären zwei von drei RichterInnen hochrangige CDU-FunktionärInnen aus Gießen und dem Sumpf von den Law-and-Order-Innenminister Bouffier gewesen.

Der Bericht des HU-Beobachters:  
Der erste Prozelstag der Berufungsverhandlung verlief enttäuschend. Die Verhandlung war durchsetzt von Verfahrensfehlern die eindeutig auf der Seite des Gerichtes zu verorten sind. Das Gericht zog sich nach nur wenigen Verhandlungsminuten immer wieder zu Beratungen zurück was lange Pausen zur Folge hatte. Das strapazierte die Geduld der Zuschauer und Prozeßteilnehmer. Eine fachlich korrekte Prozeßführung scheint keine Selbstverständlichkeit zu sein. Vor allem irritierte mich das Hick-Hack der Richterin Brühl in der Frage ob eine neue Hauptverhandlung nach der Neubesetzung der Schöffen nötig

sei was sie am Vormittag noch mühsam bestätigte. Am Nachmittag hingegen wollte Richterin Brühl davon nichts mehr wissen und Staatsanwalt Vaupel berichtete, dass „materiell-rechtlich“ kein Beschluß der Richterin ergangen sei. Am zweiten Verhandlungstag kam ich eine Viertelstunde zur Prozeßeröffnung zu spät – aus der Erfahrung des Vortages schöpfend dass der Tag wieder viele Prozeßpausen bereithalten würde. Da erfuhr ich, daß die Verhandlung schon zu ende war, weil die Hauptverhandlung neu angesetzt wird.

Dragan Pavlovic, Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union

Davon können die TV-Richter hinter ihren Mahagonimitat-Papptresen nur träumen: Die wirklich filmreifen Vorführungen laufen derzeit – jedoch unter Ausschluss von Bild- und Tonaufnahmegeräten – an Gießener Gerichtshöfen.



Der Ort für Fernsehrechte Gericht-Polit-Sogge  
Foto: Czay

## Befangen

Dabei wäre der Fall nach Willen der Stadtverordneten längst vom Tisch. Dass die beiden Politaktivisten Jörg Bergstedt und Patrick Neuhaus ihre Knast- und Geldstrafen (wir berichteten über die „kreative“ Rebellion) allerdings nicht so ohne weiteres akzeptieren würden, war bereits kurz nach dem damaligen Richterspruch klar. Dieser Tage hätte es zur Berufsverhandlung vor dem Gießener Landgericht kommen sollen. Ein überaus bemerkenswerter Zufall verhinderte die erneute Rechtssprechung im Vorfeld. Die Schöffen – spricht die neutralen Laienrichter zur Seite des Hauptamtlichen – rekrutierte die Gemeindevertretung aus den Reihen jener, die an einer darben

Abstrafung der Projektwerkstättler wohl nichts auszusetzen hätten: So sollte neben der Schwester des hessischen Innenministers Bouffier (CDU) ursprünglich auch Stadtverordnetenvorsteher Gail nach § 30 GVG gleichberechtigt mit dem Amtsrichter das Urteil fällen. Die von der Anklagebank gemutmaßte „Befangenheit“ sehen auch die Zuständigen ein – woraufhin der Prozess auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Wieder ein Beweis von „politischer Justiz“ in Gießen? Wenn, dann funktioniert diese doch immerhin in beide Richtungen: Trotz der nach Expertenmeinungen recht schwammigen Beweislage annullierte das Verwaltungsgericht der Stadt jetzt die Oberbürgermeisterwahl vom vergangenen September (mehr dazu im Heft).



Christian Schulze Wenning

gegen Projektwerkstättler  
**1. Prozesstag: Formalia, Anklage, Eingangserklärungen**

Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)  
Am 15.12.2003 fand vor dem Amtsgericht Gießen der erste Gerichtsprozess gegen zwei Projektwerkstättler statt. 13 Anklagepunkte waren vom akribisch gegen Oppositionelle vorgehenden Staatsanwalt Vaupel zusammengetragen worden. Im Prozess häuften sich Lügen und Widersprüche der BelastungszeugInnen aus Politik und Polizei. Dennoch verurteilte Richter Wendel in einem skandalösen Urteil die beiden Angeklagten zu hohen Strafen, u.a. Freiheitsstrafe 9 Monate ohne Bewährung. Im Juni 2004 folgte die erste Berufsverhandlung. Die letzte am zweiten Tag, weil die CDU-Funktionärin Bouffier-Pfeifer unbedingt Richterin sein wollte, aber schließlich doch ihre Befangenheit eingestehen musste. Nun folgt der zweite Versuch der Berufsverhandlung. Diesmal sind mindestens zehn (!) Termine über einen Zeitraum von über 6 Wochen angesetzt. Am ersten Tag geht es um Formalia, die Verlesung der Anklage, des erstinstanzlichen Urteils und Aussagen der Angeklagten. Internet zu Prozess und erstem Urteil: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)

## Anschließend im Cafe Ö:

Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage.

Donnerstag, 10. März, 20 Uhr  
**Fish Bowl**

## „Schule als Knast?“

Ort: Alte UB, Raum 3

Die Architektur von Schulen und Knästen weisen viele Ähnlichkeiten auf: Disziplinierung, Anpassung und Kontrolle. Zumindest in Europa haben Schulen, Gefängnisse und Psychiatrien gemeinsame Wurzeln - alles Zufall? Heißt „Gesellschaft ohne Knäste“ auch die Abschaffung der Schule? Gibt es Alternativen zur Pädagogik? Oder geht es darum, demokratischere Lehranstalten mit besseren ErzieherInnen zu schaffen? Ist Lernen ohne Schule und Erziehung vorstellbar oder wünschenswert?

Sonntag, 13. März, 21 Uhr

## 13.3. **SundaySound** **Safari mit Klang-** **und Textcollagen zu Knast** **und Justiz**

Ort: AK 44/Infoladen

Ein Angeklagter legt auf, u.a. mit eigenen Sounds ...

Montag, 14. März, 12 Uhr

## 14.3. **Öffentliches** **Pressegespräch** **zur Dokumentation 2005** **über Fälschungen, Erfindungen** **und Hetze durch** **Polizei, Justiz, Politik und** **Presse**

Ort: Gießen, Kongresshalle, Vintothek (Eingang Berliner Platz)

Anwesend sind die AutorInnen der Doku sowie Betroffene ausgewählter Fälle, die vorgestellt werden. Mehr siehe im Kasten rechts und im Internet unter [www.polizeidoku-giessen.de/vu](http://www.polizeidoku-giessen.de/vu). Download der Studie ab ca. 14. März.

Neue Fälschungen, Erfindungen und Hetze seitens Polizei, Justiz, Politik und Presse in und um Gießen aus den vergangenen 12 Monate füllen die 2005er-Ausgabe der Doku: Angriffe auf das Demonstrationsrecht, Sozialabbau und Sicherheitswahn, Rechtsbeugung im Amt, Beweismittelfälschungen und mehr. Die über 50 Seiten enthalten Aufsätze von Betroffenen und Aktiven aus mehreren Gießener Gruppen wie dem Infoladen Gießen, FAU/Bildungssyndikat Wetzlar/Gießen, Humanistischer Union sowie der Projektwerkstatt. Diese stehen im Pressegespräch und bei der öffentlichen Abendveranstaltung am 16. März (siehe unten) Rede und Antwort.

18 Uhr: Montagsdemo (siehe 7.3.)

Dienstag, 15. März, 20 Uhr

## 15.3. **Soli-Vokü + Fish** **Bowl „Strafe - not-** **wendig oder schädlich?“**

Ort: Gießen, Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44

Nach lecker Essen (Vokü) gibt es eine Diskussionsrunde zur Frage, ob es besser oder gefährlich sei, Strafe, Polizei, Knäste... komplett abzuschaffen. Zu dem Thema gibt es auch noch einen Vortrag am 4. April (siehe dort).

# 6 Die neue Doku 2005

## Der Inhalt der neuen Dokumentation

Im März 2004 veröffentlichten Gießener Gruppen die erste Dokumentation über Erfindungen, Fälschungen und Hetze seitens der Gießener Repressionsbehörden, Stadtregierung und Medienvertretern. Sie ist im Netz unter [www.polizeidoku-giessen.de/vu](http://www.polizeidoku-giessen.de/vu) einsehbar und in diesem Programmheft hinten vorgestellt. Nun folgt die zweite Dokumentation mit neueren Fällen aus den vergangenen 12 Monaten. Der Inhalt:

- ★ Law and Order (neue Gesetze)
- ★ Polizeigewalt und Folter
- ★ Rückblick: Doku 2004
- ★ Reaktionen auf die Doku 2004
- ★ Weitere Entwicklungen der beschriebenen Fälle
- ★ Lügner Haumann und Gail
- ★ Die Lügen der Kriminalitätsstatistik
- ★ Demorecht eingeschränkt!
- ★ CDU-RichterInnen bei Prozess gegen Projektwerkstättler
- ★ Kritik verboten beim Polizeifeit
- ★ Vom Gedicht zum Brandanschlag
- ★ Sozialabbau und Sicherheitswahn
- ★ Guido Tamme: Sozialassistent Redaktionschef
- ★ Amtsrätin Kaufmann im Strafrausch
- ★ 75 Tagessätze wegen Dienstaufsichtsbeschwerde
- ★ Strafverteilung und Rechtsbeugung im Amt
- ★ Tricks in der Prozessvorphase
- ★ Blick über den Tellerrand

Unten: Junge-Welt über die 2004er-Dokumentation am 24.3.2004 (Auszüge)

## Fälschungen und Hetze

Eine Dokumentation über Presse, Politik, Polizei und Justiz in Gießen

Die Humanistische Union (Regionalverband Mittelhessen), das Bildungssyndikat Gießen/Wetzlar, der Infoladen Gießen, die Demokratische Linke (DL) Gießen, die Jusos (Unterbezirk Gießen), die AG Füsele (Autonome Gruppe für selbstbestimmtes Leben) sowie die Gruppe X (Autonome Menschen ohne Label und kollektive Identität aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen) haben eine fünfzseitige Dokumentation zur politischen Repression in und um Gießen vorgelegt. Unter dem Titel »Fälschungen, Erfindungen, Hetze«, werden Gewalttätigkeiten der Polizei, deren Verschwendung durch Presse und Politik und die Rückendeckung durch die örtliche Justiz geschildert.

Die Dokumentation wurde von mehreren Autorinnen und Autoren zusammengestellt und schildert anhand von konkreten Fallbeispielen Rechtsbruch, Hetze und Kriminalisierung. Die Verfasser halten fest, daß die überregionale Berichterstattung über Polizeigewalt den Eindruck hervorrufen könnte, daß es sich bei Körperverletzungen, Totschlag auf Polizeistationen in Abschiebeverfahren, um Drohungen und Willkür einzelner Ausnahmen handeln würde. Der Blick auf den Alltag lokaler und regionaler Repressionsbehörden zeige dagegen, daß der Machtmißbrauch offensichtlich die Regel ist. Besonders erschreckend ist die anwachsende Einigkeit innerhalb »Gießener Eliten«, die Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und direkter Repression zu vertuschen oder gar zu unterstützen. Erst das Schweigen in Politik, Medien und gesellschaftli-

chen Organisationen geht denen, die Recht brechen und Macht ausnutzen, die Sicherheit, ihr Verhalten »gefahrlos« durchzuführen zu können.

Den Schwerpunkt der Dokumentation sind Erfindungen von angeblichen Straftaten und Teilbetreibungen. Um Festnahmen, Anklagen oder Durchsuchungen zu rechtfertigen, dachten sich Polizei, Politik und Presse in den letzten Jahren über zwanzigmal Vorwürfe aus. Die meisten der vorgeworfenen Taten habe es nie gegeben, wie etwa erfundene Farbschmierereien am Gießener Gerichtsbäude.

Mit Anzeigen, Vorwürfen, Prozessen und ständiger Überwachung habe dann ein zunehmend größeres Polizeiaufgebot versucht, Protestgruppen und -aktionen zu kriminalisieren. Als Beispiel werde die Anzeigen gegen protestierende Studenten der Uni Gießen geschildert, die sich im Herbst 2003 gegen Studiengebühren und Sozialabbau zur Wehr setzten.

Als Höhepunkt nennt die Dokumentation die Geschehnisse vom 11.-14.12.2002 und 9.-11.1.2003 mit ihren Folgen: »Im Winter 2002/2003 organisierten verschiedene Gruppen in Gießen Proteste gegen die neu beschlossene Gefahrentwahrverordnung und die Innenstadtpolitik. Kreative Protestformen prägen die Auseinandersetzungen - von Straßentheater über kreative Demonstrationen bis zu gefährlichen Behördenschreiben oder Störungen von Parteiveranstaltungen. Die Nerven vieler Politiker und Politikern und der Ordnungsbehörden lagen blank. CDU-Bürgermeister Haumann

ließ am 12. Dezember eine große Polizeistreitmacht aufmarschieren, um die Stadtverordnetenversammlung zu schütten. Zur Legitimierung seiner Handlungen erfand er den Eingang einer Bombendrohung! Konsequenzen für ihn hatte die Vorspiegelung von Straftaten nicht. Am 9.1.2003 plante der Staatsschutz Gießen mit Hilfe regulärer Polizei einen großen Schlag gegen die Projektwerkstatt in Saasen, die sie als Kern der Proteste vermuteten. Die Polizei ging dabei offenbar mit blinder Wut vor. Sämtliche Aktionen schlugen fehl.«

Für sich spricht schließlich eine Sammlung von Zitaten, die in der Dokumentation Polizisten in Gießen zugeschrieben werden: »Bei uns ist schon mal jemand die Treppe runtergefallen.« (Typische, inzwischen mehrfach wiederholte Form der indirekten Beamtendrohung von Polizeibeamteten gegenüber Verhafteten oder Demonstrationssteilnehmern.) »Du bist der Nächste!« (Staatsschutzchef Gerhard Puff in der Fußgängerzone von Gießen zu einem Anwesenden); »Wenn wir mit der Projektwerkstatt fertig sind, sind Sie der Nächste!« (Staatsschutzchef zu einem Studierendenvertreter während des Uni-Streiks im Herbst 2003); »Wenn wir uns das nächste Mal auf der Straße sehen, gibt es richtig eine. Das kann ich dir schwören.« (BKA-Beamter in einer Kneipe gegenüber einem linken politischen Aktivist).

Ulla Jelpke

● Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
[www.polizeidoku-giessen.de/vu](http://www.polizeidoku-giessen.de/vu)  
(Download von Kurz- und Langfassung als pdf-Datei)

# Rückblick: Wahlplakate

## Wahlplakate verändern!

Mit dem Bundestagswahlkampf 2002 begannen die sehr umfangreichen und kreativen Veränderungen von Wahlplakaten in und um Gießen sowie in anderen Städten. Dabei wurden oft die Botschaften der Parteien geschickt verändert, um einen neuen Inhalt zu vermitteln. Die Verwandlung von „Ein moderner Kanzler für ein modernes Land“ in „... für ein mordendes Land“ war angesichts der kurz zuvor gelaufenen Kriege passgenau und unauffällig (siehe Foto). Insgesamt werden es Tausende Plakate gewesen sein, die im Bundes-, Landtags-, Bürgermeister- und EU-Wahlkampf verändert wurden. Erwischt worden sind irgendwelche Personen, bis heute ist unbekannt, wer genau wann und wo agiert hat. Vieles wirkte spontan, andere Sprüche gab es im Internet zu sehen und für weitere Verwendungen zum Herunterladen. Eine „Best-of“-Serie wurde auf dem Anti-Wahl-Mobil nach Art eines Karnevals-Umzugswagen nachgebaut. Dieser aber wurde beim ersten Einsatz von der Polizei „verhaftet“ und in einem Wutanfall auf dem Polizeigelände zertrümmert. Die Kunstwerke sind bis heute verschwunden.



Rückblicke, Fotos von vielen Plakaten, Hintergrundtexte und die Download-dateien für Überkleber befinden sich auf der Internetseite [www.wahlquark.de](http://www.wahlquark.de).



Mittwoch, 16. März, 19 Uhr  
**Öffentliche Präsentation der Dokumentation 2005** **19.3.**

**Ort: Alte UB, Raum 3**  
AutorInnen der Dokumentation stellen ausgewählte Themen der am 14.3. vorgelegten Studie vor (siehe unter 14.3. und im Kasten rechts). Zudem ist Zeit für Nachfragen, weitere Fälle und Diskussion. Wer Einblicke in die Strategien und Machenschaften Gießener Politik, Polizei, Presse und Justiz erhalten will, sollte diesen Termin nicht verpassen.  
[www.polizeidoku-giessen.de](http://www.polizeidoku-giessen.de).

Samstag, 19. März, 22 Uhr  
**Politisches Hip Hop Soli-Konzert für den Prozess** **19.3.**

**Ort: AK44**  
mit MC Albino, Chaoze One ([www.chaoze-one.com](http://www.chaoze-one.com)), Mammut Freshest und CL Audio

Montag, 21. März, 9 Uhr  
**2. Prozess-Tag: Veränderte Wahlplakate, Transparent im Ratssaal** **21.3.**

**Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)**  
Geladene Zeuginnen und Themen:  
9 Uhr: Polizist Gontrum als Zeuge für vermeintliche Wahlplakatveränderung  
10 Uhr: Polizist Haberkorn aus gleichem Grund

Am Vormittag soll es also um Wahlplakatveränderungen gehen. In Reiskirchen wurden die Angeklagten in einer Nacht bei der Jagd auf Autoknacker durch Zufall kontrolliert. Veränderungen von Wahlplakaten bemerkten sie erst später. Der Zusammenhang wurde auch später abenteuerlich konstruiert. Sogar der völlig parteiische Richter Wendel aus der ersten Instanz musste zugeben im Urteil, dass ein Tatnachweis nicht zu erbringen sei. Verurteilt hat er die Angeklagten trotzdem, weil sie am Küchentisch der Projektwerkstatt mit den TäterInnen zusammengesessen hätten (worüber im Prozess nie geredet wurde ...).  
13.30 Uhr: CDU-Stadtverordnetenvorsteher Dieter Gail als Anzeigeerstatter und Zeuge für die vermeintliche Ruhestörung und Hausfriedensbruch in einer Parlamentsitzung.

## Dokumentation 2004 und 2005

Auf je ca. 50 Seiten sind viele Fälle und Belege für Erfindungen, Hetze und Fälschen von Polizei, Justiz, Presse und Politik im Raum Gießen zusammengetragen worden. Beide Dokumentation sind im Netz downloadbar und können für je 4 € bestellt werden.

### Dokumentation von

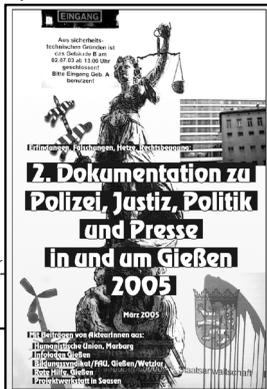
- Fälschungen
- Erfindungen
- Hetze

durch  
**Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen**



- Herangezogen sind:
- Humanistische Union - Regionalverband Mittelhessen
  - Bildungsgesicht Diester/Witzler
  - Infokolleg Gießen
  - AG Fälsche, Anzeigenerstatter für infokolleg.de
  - Gruppe K, Schülerzeitung der Justiz- und Polizeidokumentation

Stand: 29. Februar 2004



Internet: [www.polizeidoku-giessen.de](http://www.polizeidoku-giessen.de)  
Bestellen: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, [versand@projektwerkstatt.de](mailto:versand@projektwerkstatt.de), [www.politikram.de](http://www.politikram.de).

In einer Sitzung der Stadtverordneten am 27.3.2003 wurde über die erfundene Bombendrohung durch Bürgermeister Haumann diskutiert. Natürlich hat der Bürgermeister nie eine Anklage wegen seiner Erfindung bekommen - die Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz halten halt mit den Politeliten zusammen. In der Sitzung hing plötzlich ein Transparent von einem Geländer. Das beeindruckte den Stadtverordnetenvorsteher zutiefst und er unterbrach die Sitzung, um die Leute, die ihm nicht passten, rauszuwerfen. Ob die was mit dem Transpi zu tun hatten, konnten weder er noch jemand anders klären. Aber das macht nichts - wenn der Boss das will, hat man zu gehen, sonst sei es Hausfriedensbruch. So jedenfalls Richter Wendel in der ersten Instanz. Noch spannender: Gail belog Gericht, Parlament und Öffentlichkeit, auch darum wird es gehen ...

Mehr zu Antiwahl-Aktionen:  
[www.wahlquark.de/vu](http://www.wahlquark.de/vu).

Mehr zur Stadtverordnetensitzung:  
[www.projektwerkstatt.de/27\\_3\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/27_3_03).

### Anschließend im Café Ö:

Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage.

**Montag, 21. März, 18 Uhr**  
**Montagsdemo meets**  
**Prozessbeteiligte**  
 Ort: Gießen, Drei Schwätzer

**Montag, 21. März, 20 Uhr**  
**Wir verwehr'n uns**  
**gegen Sicherheit!**  
 Ort: Alte UB, Raum 3

Vortrag von und Diskussion mit ehemaligen Gefangenen zur sogenannten Sicherungsverwahrung und zu Perspektiven abolitionistischer Theorie: „Mit dieser Veranstaltung wollen wir ein wenig Licht ins Dunkel bringen und mit einigen Unwahrheiten über den immer perfideren Sicherheitswahn aufräumen. Aber auch einmal wieder etwas Leben in die abolitionistische Diskussion bringen, mit Beiträgen von Gefangenen/Ex-Gefangenen auch über eine Gesellschaft jenseits von Knast und Unterdrückung diskutieren, Freiheit stirbt mit Sicherheit deshalb sind wir: Mit Sicherheit gegen Verwahrung!“  
 Knastinfos im Internet, u.a.:  
[www.knast.net](http://www.knast.net) und  
[www.projektwerkstatt.de/knast](http://www.projektwerkstatt.de/knast).

# 8 Sicherungsverwahrung

## Ein paar (All-)Gemeinheiten ...

**Sicherheit ist in aller Munde. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht lauthals nach mehr davon verlangt und auch umgesetzt wird. Zusammen mit einer ungeheuerlichen, geschürten Paranoia bildet dieser Diskurs, der auf der Ebene des „Angstmachens“ unheimlich gut gedeiht, die Grundlage für allerhand krude Vorstöße.**

Die Liste der Beispiele ist nahezu endlos, hier exemplarisch eine kleine Auswahl:

Totale Überwachung des öffentlichen Raums per Video, genetischer Fingerabdruck im Personalausweis, Abermillionen von abgehörten Telefonaten jährlich, wahllose Kriminalisierung missliebiger Personen und Gruppen, verschärfte (Polizei-)Gesetze, und und und... alles im Namen von Sicherheit, Recht und Ordnung!

Freiheitsstrafe hinaus in Haft zu halten, so Thomas Meyer-Falk, politischer Gefangener auf seiner Internetseite ([www.freedom-for-thomas.de](http://www.freedom-for-thomas.de)). Wie auch schon, beim seit Jahren angewendeten „Unterbindungsgewahrsam“ geht es bei der „SV“ nicht um das, was ein Mensch getan hat, sondern um das was er tun könnte! Irrendwann in der Zukunft. Welch' orakelnde, hellseherische Gabe ist denn da im Spiel? Vorseilende Bestrafung

## Entsetzt über Bundesverfassungsgericht

Früherer BGH-Richter Foth sieht in Fortdauer der Haft ohne Gesetzesgrundlage einen Fall für die Staatsanwaltschaft

Der frühere Strafrichter des Bundesgerichtshofs (BGH), Eberhard Foth, ist fassungslos über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Strafer ohne Gesetz in Sicherungsverwahrung zu halten. In einer Stellungnahme an die PR sieht er darin sogar einen Fall für die Staatsanwaltschaft.

KARLSRUHE 24. FEBRUAR. Das Bundesverfassungsgericht erklärte vor rund zwei Wochen die in mehreren Bundesländern geltende nachträgliche Sicherungsverwahrung von Straftätern für verfassungswidrig. Grund waren Zuständigkeitsüberschreitungen. Allein der Bund, so das Urteil, könne die nachträgliche Sicherungsverwahrung regeln. Dann stimmten aber fünf der acht Richterinnen und Richter für eine Übergangsregelung. Bis zum September sollen die Verwahren in Haft bleiben. Bis dahin hat der Bund Zeit, ein eigenes Gesetz zur nachträglichen Sicherungsverwahrung zu verabschieden. Nur wenn das nicht gelingt, müssen die Sicherungsverwahrten entlassen werden. Drei Mitglieder des Zweiten Se-

„Wer als Haftrichter einen Haftbefehl erteilt, muss zugleich die Freilassung veranlassen. Wartet er damit auch nur einige Stunden, so ist das Freiheitsberaubung“, betont Foth. Entsprechend müsse auch das Bundesverfassungsgericht einen Verwahrten sogleich freilassen, der auf Grund eines verfassungswidrigen Gesetzes einliefert. Für eine Übergangsregelung sieht der Strafrichter keinerlei Grundlage. Karlsruhe könne zwar ein verfassungswidriges Steuergesetz übergangsweise fortgiltigen lassen, weil sonst eine Gesetzeslücke entstünde, die die noch verfassungswidrige wäre. Das gelte aber nie bei Freiheitsentzug. Foth wörtlich: „Ein verfassungswidriges freiheitsentziehendes Gesetz kann nicht einen Tag lang (geschweige denn siebeninhalb Monate) weiter gelten.“ Denn die Verwahren sollen jetzt nicht mehr auf Grund eines Gesetzes in Haft, „sondern allein auf Grund des Willens der Senatsmehrheit“.

Das verstößt gegen Artikel 2, Absatz 2 Grundgesetz, so der Strafrichter. Dort heißt es: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.“ Foth hält die weitere Verwahrung sogar für strafbar: „Man spricht es ungern aus, doch wird die Staatsanwaltschaft Karlsruhe von Amts wegen prüfen müssen, ob hier strafrechtliche Tatbestände verletzt sind.“ Das werde auch im Sonderverbot der drei abweichenden Bundesverfassungsrichter angedeutet.

Auszüge aus der  
 Frankfurter Rundschau

Besteht die gesamte Menschheit nur noch aus ‚Verbrechern‘ oder ist nicht eher eine modernisierte, demokratische Form von ‚totaler Unterdrückung‘ im Anzug? Orwell und Huxley lassen jedenfalls schön grüßen ...

### Brauner Kontext ...

Eines der vielen neueren Konstrukte ist die sogenannte „Sicherungsverwahrung“, ein offen faschistisches Instrument, dass unter dem Namen „Schutzhaft“ von den Nazis eingeführt wurde. Auf das was das faschistische Regime sich ausdachte wurde und wird ja gern zurückgegriffen.

„Bei der ‚SV‘ handelt es sich um eine von den Nationalsozialisten 1933 in das deutsche Strafrecht aufgenommenen ‚Maßregelung der Besserung und Sicherung‘, die es der Justiz erlaubt, die betroffenen Gefangenen über den Zeitraum der verhängten

mittels Scherbengericht und Gesichtskontrolle von allen Unangepassten, Missliebigen und Nonkonformen passt auf jeden Fall sehr gut in den braunen Kontext, der vor allem das Sicherheitsbedürfnis von Macht und Herrschaft befriedigt.

„Ganz abgesehen von dem Menschenbild, das hinter diesem gesamten Komplex Sicherungsverwahrung steht, und dessen faschistischer Herkunft (die DDR schaffte die SV nach 1949 ab, da sie ‚nationalsozialistischer Ungeist‘ atmete), geben renommierte Gutachter frei zu, daß bis zu 60% der Verwahrten fälschlich als gefährlich eingestuft werden. Und auch das Verhalten der übrigen 40% kann realistischere niemals sicher prognostiziert werden“, so Meyer-Falk weiter. Soviel zur Orakelrei... Aber Ausortierung und Selektion haben ebenfalls eine lange Tradition in diesem System und alle können dazu gehören.

# Rückblick: Ratssitzung

## Ein Stück Stoff und viele Lügen!

Wegen einem Transparent, dass vom Geländer der Zuschauertribüne herunterhing, unterbrach CDU-Mann und Stadtverordnetenvorsteher Gail eine Stadtparlamentssitzung. Mehr war gar nicht passiert – dennoch stellte er erstmals unter seiner Leitung eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. In anderen Fällen, z.B. bei einer Blockade der Eingangstür mit anschließender Räumung durch kampferprobte Polizeitruppen (siehe FR-Bild unten) verzichtete er darauf. Die Stadtverordneten wurden über die Anzeige gar nicht informiert – und sie wurden gnadenlos belogen. Von der anwesenden Polizei hätten Gail und Haumann nichts gewusst. Die Polizei machte sogar eine Pressekonferenz, um diese Version der Mächtigen zu bestätigen. Aber alles war gelogen. Inzwischen liegen Vermerke von Polizisten vor, die vorher mit



### Polizei entfernte Protestler

Jörg Bergstedt versteht es immer wieder, sich öffentlichkeitswirksam in seinem Protest gegen unsere Gesellschaftsordnung in Szene zu setzen: Am Donnerstagabend hatte er die Sitzung des Stadtparlamentes als Bühne gewählt. Im Zuge der Debatte um eine angebliche Bombendrohung zur Dezember-Sitzung der Stadtverordneten entrollte er auf der Zuschauertribüne plötzlich eine satirische Protestschrift. Trotz mehrmaliger

Aufforderung von Stadtverordnetenvorsteher Dieter Gail, diese zu entfernen, rührte sich Bergstedt nicht. Die Polizei wurde gerufen, die rasch zur Stelle war, um ihn aus dem Saal zu führen. Gail und Bürgermeister Heinz-Peter Haumann verneinten anschließend eine Frage von SPD-Fraktionschef Wulf Linder, ob ihnen bekannt gewesen sei, dass die Sitzung des Parlamentes von Polizisten im Zivilverfolgung wurde. *Auf/Bild: Golitze*



FR 13.9.2005

### Polizei löst Sitzblockade auf

Stadtparlamenten in Gießen bei Anwesenheit des Oberbürgermeisters / über Hochhaus in Darmstadt mit Stoff verhüllt

**Stadtparlamenten in Gießen bei Anwesenheit des Oberbürgermeisters / über Hochhaus in Darmstadt mit Stoff verhüllt**  
 Die Polizei hat am Donnerstagabend die Sitzblockade der Demonstranten im Stadtparlament in Gießen aufgelöst. Die Demonstranten hatten die Sitzplätze mit Stoff verhüllt. Die Polizei war mit Schutzhelmen und Schilde ausgerüstet. Die Demonstranten wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Demonstranten behaupteten, dass es eine Bombendrohung gegeben habe. Die Polizei hat dies nicht bestätigt. Die Demonstranten wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Demonstranten behaupteten, dass es eine Bombendrohung gegeben habe. Die Polizei hat dies nicht bestätigt.



### Zum Hintergrund aus der Doku 2004:

*Der Sicherheitswahn der Lawand-Order-Politiker und Polizeiführer in Gießen ist seit langem gigantisch, der Aufwand an Sicherheitskräften ständig groß – so auch am 12.12.2002 vor und während einer Stadtverordnetensitzung in Gießen. In seiner Not erfand Bürgermeister Haumann einen Grund für sein brutales Vorgehen am 12. Dezember gegenüber DemonstrantInnen: Es hätte eine Bombendrohung gegeben. Erst Wochen später und durch beharrliches Nachforschen eines PDS-Stadtvorderneten kam heraus: Haumann hatte sich die ausgedacht. Seine Lüge wurde strafrechtlich nicht verfolgt und beeinträchtigte auch die politische Karriere nicht.*

den Politikern eine Lagebesprechung gemacht hatten. Es wird also spannend, zumal der Anlass der Aktion ja auch schon eine Lüge war ...

[www.de.indymedia.org/2003/03/47134.shtml](http://www.de.indymedia.org/2003/03/47134.shtml) und  
[www.projektwerkstatt.de/27\\_3\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/27_3_03)

**Haumann hatte – wie berichtet – in der Parlamentssitzung erklärt, es habe am Mittag eine Bombendrohung gegeben. Das sei Grund für den Polizeieinsatz im Sitzungssaal, den die Opposition als unverhältnismäßig empfand. Jetzt räumte Haumann nach einer PDS-Anfrage ein, dass es nie eine konkrete Bombendrohung gegeben hat. Es handle sich um ein »Missverständnis«.**

**9** Dienstag, 22. März, 20 Uhr  
**Soli-Vokü und Film 22.3.**  
**„Und plötzlich sahen wir den Himmel“**

**Ort: Infoladen/AK 44**  
 Nach lecker Essen (Vokü) gibt es den genannten und dann auch je nach Lust noch weitere Filme bis alle schlafen ...

**23.3.** Mittwoch, 23. März, 20 Uhr  
**Fishbowl „Fischer im Politmeer?“**

**Ort: Infoladen/AK 44**  
 Auf dem Hintergrund der beiden Prozesstermine zu veränderten Wahlplakaten (21.3.) und einem Protesttranspi im Stadtverordnetensaal (24.3.) soll sich diese Diskussion um „Parlamentarismus“ drehen. Ist dieses demokratische System an sich marode und korrumpierend oder liegt es immer nur an den Personen, die dort jeweils ein Amt ausfüllen - Ausnahmen gibt es ja immer wieder? War es vorzuziehen, dass Joschka Fischer sich von einem Sponti zum konservativen Außenminister entwickeln würde? Ist es sinnvoll, eine neue Partei zu gründen (s. Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit), wenn mensch merkt, dass alle schon vorhandenen den gleichen Brei produzieren? Fördert ein Parlament die Meinungs- und Lebensvielfalt der Menschen?

**24.3.** Donnerstag, 24. März, 9 Uhr  
**3. Prozess-Tag: Transpi im Saal**

**Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)**  
 Geladene Zeuginnen und geplante Themen (Fortsetzung vom 21. März): 9 Uhr: Staatsschützerin Mutz zur Frage der Entrollung des Transparentes. Dass sie als Zeugin auf Antrag der Angeklagten geladen wurde, ist bereits ein Politikum - nämlich die Anerkennung der Lüge des Stadtverordnetenvorstehers und der Medien, die behaupteten, Angehörige des Staatsschutzes seien bei der Sitzung nicht anwesend gewesen. Das aber war nicht die einzige Lüge ... ab 10 Uhr: Drei Zeuginnen, die von den Angeklagten vorgeschlagen wurden und ebenfalls im Ratssaal waren.

**Anschließend im Infoladen/AK 44:**  
 Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage.

**24.3** Dienstag, 24. März, 20 Uhr  
**Filmnacht**  
Ort: Infoladen/AK 44

Filme zu Knast und Justiz. Dokumentarfilme bis Knast-Thriller, von 20 Uhr solange Leute gucken wollen ...

**2.4** Samstag, 2. April, 14-17 Uhr  
**Umsonstladen unterwegs**  
Ort: noch offen (im Internet ...)

**4.4** Montag, 4. April, 9 Uhr  
**4. Prozess-Tag: Faustschlag des Staatsschutz-Chefs Puff**

Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)  
Geladene Zeuginnen und geplante Themen:

9 Uhr: Ex-Staatsschutzchef Puff zur vermeintlichen Körperverletzung (als er einem der Angeklagten mit der Faust ins Gesicht schlug ...)

11 Uhr: Staatsschützer Steyskal zum gleichen Thema

14 Uhr: Polizist Mombberger zum gleichen Thema

Das Wochenende, dass im Prozess im Mittelpunkt steht: 9.-11. Januar 2003. An diesen Tagen drehte die Polizei Gießen völlig durch - offensichtlich hochgradig entnervt durch kreative Aktionen gegen die Gefahrenabwehrverordnung. Zunächst plante sie die langandauernde Festnahme von zwei Projektwerkstattlern. Bei einer Wahlkampfveranstaltung von Roland Koch (Ministerpräsident) kassierte die beiden ein, die vor dem Gebäude Flugblätter verteilen wollten. Als jedoch eine lange Haft an der im Dienst befindlichen Staatsanwältin scheiterte, ließen sie die zwei immer noch nicht frei (was klar rechtswidrig war), sondern organisierten eine planlose und überstürzte Hausdurchsuchung in der Projektwerkstatt - mit Unterstützung von AmtsrichterInnen, die per Telefon einen Durchsuchungsbefehl ohne genauen Grund und Eingrenzung der zu durchsuchenden Räume genehmigten. Das Staatsschutzkommando suchte aber gar nicht, sondern schleppte alle Technik aus der Projektwerkstatt. Es ging ihnen offensichtlich darum, die Projektwerkstatt handlungsunfähig zu machen. Das Landgericht stufte die Durchsuchung später als rechtswidrig ein - die Schadenersatzforderung aus der Projektwerkstatt wurde einfach nie bearbei-

10

## Rückblick: 9. 10. 1. 2003

### Staatsschutzchef verletzt sich beim Prügeln

**Wie dramatisch interessenorientiert Polizei und Justiz arbeiten, zeigt der Fall des Ex-Staatsschützer-Chefs (SPD). Sein Faustschlag wurde zur Körperverletzung gegen ihn umgedreht, d.h. der Täter wurde zum Opfer, der Geschlagene in erster Instanz verurteilt. In ihrer Wut griff die Polizei tags drauf die Projektwerkstatt an.**

#### **Auszüge aus der Doku 2004:**

Am 9.1.2003 nahm die Polizei die am 15.12.2003 angeklagten N. und B. fest. Dabei wurde B. zum einen vom Staatsschutzbeamten Steyskal mehrfach getreten. Nach einem Streit darüber schlug Staatsschutzchef Puff dem B. ins Gesicht. Erst einige Tage später legt Puff ein Attest und einen Bericht vor, in dem er eine Verletzung durch B. erfindet. Attest und Bericht passen nicht zusammen, zudem fällt auf, dass in Aktenvermerken der Polizei vom Tag der Verhaftung keinerlei Hinweise auf die vermeintliche Körperverletzung zu finden sind (siehe Punkt E.1). Diese Fakten werden in der Gerichtsverhandlung vom 15.12.2003 benannt. Das Motiv für die Erfindung durch Puff ist offensichtlich. Sein Ziel war eine längerdauernde Inhaftierung von N. und B. Das misslang, so dass er im Nachhinein einen neuen Grund konstruieren wollte. Amtsrichter Wendel verurteilte dem Angeklagten B. trotz der offensichtlichen Lage im Prozeß am 15.12.2003. ...

Die Beschwerde ist zulässig und hat auch in der Sache Erfolg.

Die angegriffenen Beschlüsse entsprechen nicht den formalen Anforderungen, die an den Erlass richterlicher Durchsuchungsanordnungen zu stellen sind und sind keine taugliche Grundlage für die anlässlich der Durchsuchung angewendeten Sicherstellungen.

Dem genügen die in der Akte enthaltenen Angaben nicht:

Ob und inwieweit die Ermittlungsbehörden tatsächlich „Gefahr in Verzug“ angenommen haben, ist nicht ersichtlich.

Es ist weder eindeutig erkennbar, auf welche Räumlichkeiten sich die angeordnete Maßnahme bezieht, noch aufgrund weichen Tatvorwurfs die Durchsuchung erfolgen soll, noch wonach gesucht werden sollte.

In welchen Räumlichkeiten tatsächlich Sicherstellungen erfolgt sind, ist anhand der Akten gleichfalls nicht nachvollziehbar.

Aufgrund welcher der insgesamt 6 Tatvorwürfe die Durchsuchungsanordnung gestützt worden ist, kann der Akte nicht entnommen werden, als potentiell Beweismitel kommen nach der Art der Tatausführung die beschlagnahmten Computeranlagen jedoch lediglich in den Fällen der „Absage des Kochbesuchs“ und in den Fällen der Plakatveränderungen mit -möglichweise computergestützt erstellten -Aufläubern in Betracht.

Am 10. Januar 2003 durchsuchten Polizeieinheiten die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen und nahmen die gesamte technische Ausstattung mit. Die Aktion wurde vom Landgericht für rechtswidrig erklärt (Auszüge siehe rechts) – eine genauere Begründung erübrigt sich hier daher. Dennoch ist der Ablauf ein typisches Beispiel für Polizeiwillkür und das diese deckende Amtsgericht Gießen.

*Oben: Auszüge aus der Rechtswidrigkeitserklärung des Landgerichts Gießen zur Hausdurchsuchung am 10.1.2003.*

*Unten: Auszug aus dem Urteil der ersten Instanz.*

Zu diesem Vorwurf ließ sich der Angeklagte dahingehend ein, der Zeuge Puff sei ein "bekannter Polizeischläger", der sich nachweislich mehrere Straftaten, die er, der Angeklagte, begangen haben sollte, ausgedacht habe. Er solle einmal nachweisen, daß seine Verletzung von ihm, dem Angeklagten, herrühre. Er würde es



# Rückblick: 11.1.2003

## Polizei prügelt auf DemonstrantInnen ein

Wie es in Gießen mit dem Demonstrationsrecht aussieht, zeigt der 11.1.2003. Der Einsatzleiter Polizei hat von Demonstrationsrecht gar keine Ahnung und handelt als willfähriger Aufräumer auf Befehl des CDU-Wahlkämpfers, Innenminister Bouffier.

### Auszug aus der Doku 2004:

Nachdem am 10. Januar die Polizei in einer später für rechtswidrig erklärten Aktion die Projektwerkstatt stürmte und technisch zerschlug, riefen verschiedene Gruppen und Einzelpersonen für Samstag, den 11. Januar (also weniger als einen Tag später) zu einer Spontandemonstration in Gießen auf. Der Demonstrationzug bewegte sich vom Selterstor durch den Seltersweg und legte einen Zwischenstopp bei den Drei Schwätzer ein. Dort wurde ein Redner der Kundgebung zunächst vom FWG-Abgeordneten Hasenkrug tätlich angegriffen. Die Polizei schützte zu diesem Zeitpunkt die Demonstration und drängte den Angreifer zurück. Erst als Innenminister Bouffier die Polizei aufforderte, das Transparent und anschließend das Megafon zu beschlagnahmen, wechselte die Polizei ihre Strategie. Ohne jegliche Vorankündigung griff sie zunächst das Transparent und dann den Redner mit dem Megafon an. Im Verlauf des Versuchs, ihm das Megafon mit Gewalt zu entreißen, wurde die Polizei mehrfach gewalttätig.

Unkenntnis des Demonstrationsrechts bei der Polizei: Die Polizei handelte auf Anweisung des als CDU-Wahlkämpfers anwesenden Innenministers Bouffier. Dieser ist als Law-and-Order-Scharfmacher und Hasser u.a. der Projektwerkstatt bekannt. Der Einsatzleiter der Polizei, POK Walter, gab später vor Gericht an, dass nach

seiner Kenntnis vom Demonstrationsrecht Spontandemonstrationen grundsätzlich verboten sind und auch jede Demonstration nicht nur einer Anmeldung 48 Stunden vorher, sondern auch einer Genehmigung bedürfe. Auf diesem Irrtum aufbauend, griff die Polizei die Demonstration an. Sie forderte vorher weder das Ende der Demonstration noch die Einstellung anderer Aktivitäten. Der Angriff auf die Demonstration war somit nicht nur prinzipiell rechtswidrig, sondern auch in der Art und Weise.

[www.projektwerkstatt.de/9\\_1\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/9_1_03)



*Oben: Angriff der Polizei auf die Demonstration (in der Mitte der Angeklagte, der das Megafon umklammert).*

*Unten: Die schmutzigen Tricks des Amtsrichters Wendel. In seinem Urteil versucht er den Angeklagten unglaublich zu machen, weil ein Zeuge etwas vom Angeklagten Geschildertes nicht gesehen hat. Kurz danach schreibt er, dass der Zeuge gar nichts sehen konnte, als es um dessen Widerspruch zur Aussage des Polizisten ging. Beide Male der gleiche Zeuge in derselben Situation!*

PS. Ganz ähnlich in Stuttgart: [www.de.indymedia.org/2005/01/105500.shtml](http://www.de.indymedia.org/2005/01/105500.shtml).

Der Zeuge [REDACTED] gab zwar an gesehen zu haben, wie der Angeklagte in den Bus gezogen bzw. geschoben wurde. Einen Tritt schilderte er nicht. Allerdings waren seine Beobachtungsmöglichkeiten nicht günstig. Er stand nach eigenen Angaben 12 bis 15 Meter

versuchten, "die Beine reinzuwickeln". Wenn schon der Zeuge den Vorfall so genau beobachtet konnte, dann ist nicht recht erklärlich, wie er einen Griff in die Genitalien übersehen haben sollte. Ähnliches gilt für die Aussage des Zeugen [REDACTED], der

tet. Doch der Hass der StaatsschützerInnen war nur gesteigert, die nächste Auseinandersetzung folgte einen Tag später und ist der nächste Anklagepunkt ...

[www.projektwerkstatt.de/9\\_1\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/9_1_03)

### Anschließend:

Kochen, Klönen, Diskutieren, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage im Cafe Ö.

### Montag, 4. April, 18 Uhr Montagsdemo meets Prozessbeteiligte

Ort: Drei Schwätzer, Gießen/Seltersweg

### Montag, 4. April, 20 Uhr Vortrag und Diskussion „Gesellschaft ohne Strafe“

Ort: FH, Raum G 2

Was sind die Alternativen zu Strafe, Knast und Kontrolle? Wie gehen Menschen in einer herrschaftsfreien Gesellschaft mit gewaltförmigen Verhalten um? Thesen von Mitautoren des neuen Buches „Autonomie und Kooperation“ (erscheint Ende 2005) und Diskussion.

Vorab? [www.herrschaftsfrei.de/vu](http://www.herrschaftsfrei.de/vu)

### Donnerstag, 7. April, 9 Uhr

### 5. Prozess-Tag:

### Angriff auf Demo und erfundene Fusstritt gegen Polizist

Ort: Landgericht, Raum E 15 (Erdgeschoss)

Geladene Zeuginnen und geplante Themen:

9 Uhr: Polizist Koch zur vermeintlichen Körperverletzung beim Angriff auf die Demo am 11.1.2003 oder zum Faustschlag von Puff (unklar!)

10.30 Uhr: Polizist Kromm zum gleichen Fall (auch unklar!)

Einen Tag später (11.1.2003) kam es zu einer Spontandemonstration in Gießen. Dort hetzte Innenminister Bouffier, der als Privatperson und CDUler dort Wahlkampf machte, die Polizei auf die Demo - assistiert von Polizeipräsident Meise. Dabei gingen die PolizistInnen äußerst ungeschickt, aber gleichzeitig brutal vor, zudem prügelte ein CDUler wild mit. In der offensichtlichen Wut, die durch den Misserfolg des Wochenende noch gesteigert wurde, erfanden zwei Polizei-



## **Terminübersichts-Tabelle**

## **Terminübersichts-Tabelle**

beamte anschließend Verletzungen, die sie bei ihren Aktionen davongetragen haben wollen und die durch DemonstrantInnen verursacht worden seien. Zwar gab es schon in der ersten Instanz außer den betroffenen Polizeibeamten nur Zeuginnen, die das anders wahrgenommen hatten, aber der obrigkeitshörige Richter Wendel verurteilte die Angeklagten dennoch in allen Fällen.

14 Uhr: Polizist Walter. Er will der Getreue gewesen sein. Auf jeden Fall war er am 11.1.2003 Einsatzleiter und zeigte in der ersten Instanz deutliches Unwissen über das Demonstrationsrecht - sehr überraschend für einen Einsatzleiter bei einer Demonstration. Polizist Walter schilderte bei der Vernehmung in der ersten Instanz, dass nur zwei Polizisten den Angeklagten festgenommen und weggeschleppt hätten. Daher überrascht bereits, dass nun fünf (diese Zahl nannten alle anderen Zeuginnen, die aber von Amtsrichter Wendel als unglaubwürdig bezeichnet wurden!) geladen wurden.

[www.de.indymedia.org/2003/01/38556.shtml](http://www.de.indymedia.org/2003/01/38556.shtml)

## **Anschließend im Cafe Ö:**

Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage.

## **Donnerstag, 7. April, 18 Uhr Die Richterdatenbank: Eine wichtige Chance zur effektiven Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit**

**Ort: FH, Raum G 2**

Justizwillkür überwinden – Beispiele aus der Praxis: Präsentiert wird das brisanteste Projekt des Beschwerdezentrums: Ziel ist, alle Richter in Deutschland zu erfassen mit Alter und Zahl der Dienstjahre, und vor allem mit der Liste ihrer Verfehlungen - das Pendant zum ‚Vorstrafen-Register‘. JEDER Mensch hat, wenn er sich ein wenig Mühe macht, über die Richterdatenbank die Möglichkeit, ein Stück ‚Gegenmacht‘ zu der ‚absoluten Macht der Richter‘ aufzubauen. Die BesucherInnen der Veranstaltung können auch weitere Ideen einbringen und diskutieren.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Peter Niehenke - Leiter des Beschwerdezentrums und der Richterdatenbank. Achtung: Früher Beginn um 18 Uhr!

## **Polizeigewalt**

**Puffs Faustschlag ist keine Ausnahme – weder für ihn als Person noch in der Polizei insgesamt.**

### **Auszüge aus der Doku 2004:**

Gewalttaten und Drohungen durch Staatsschutzchef Puff: Bei der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2003 wurde Puff gegenüber einem Zuschauer auf der Tribüne des Sitzungssaales handgreiflich. Am 10.1.2003 nahm Staatsschutzchef Puff den dort anwesenden B. bei einer Veranstaltung mit Ministerpräsident Roland Koch in Grünberg fest. Dabei schlug er B. ohne weitere Veranlassung mit der Faust ins Gesicht. Offenbar verletzte er sich dabei am Daumen. Ermittelt wurde gegen B. wegen der Verletzung von Puff bei dessen Faustschlag.

Im Frühjahr 2003 sprach Puff am Wahlstand der CDU zu dem in der Nähe stehenden W. den Satz „Du bist der Nächste“.

Am 20.6.2003 beobachtete Puff die Demonstration gegen Rassismus und Abschiebung am Tag des Flüchtlings. Dabei verbarg er sich hinter Polizeifahrzeugen oder Büschen. Als der am 15.12.2003 Angeklagte B. zwecks Fotografierens der Kundgebung sich ihm zufällig näherte und erkannte, versetzte Puff ihm im Vorbeigehen einen Ellbogencheck in den Bauch (Bericht vom 20.6.2003 unter [www.de.indymedia.org/2003/06/55544.shtml](http://www.de.indymedia.org/2003/06/55544.shtml)).

Bei einer Aktion im Rahmen der Studierendenproteste im Herbst 2003 in Gießen drohte Puff den dort anwesenden S. mit der Formulierungen (sinngemäß): „Die Projektwerkstatt haben wir erledigt. Sie sind der nächs-te,“ und „Wir haben ein Auge auf Sie“.

Drohungen und Gewalt durch andere Polizeibeamte: Am 11.1.2003 nahmen Giessener Polizeibeamte den am 15.12.2003 Angeklagten B. im Seltersweg nach einem rechtswidrigen Angriff auf die Demonstration fest. Zunächst beschlagnahmten sie unter Gewalt Einsatz ein Transparent. Danach trugen sie B. mitsamt dessen Megaphon kopfüber in den bereitstehenden Polizeibus. Damit er durch die Seitentür passte, griff der Einsatzleiter POK Walter in die Genitalien von B. und drückte zu, um über den Schmerz eine Krümmung und damit ein besseres Durchschieben durch die Tür zu erreichen. Anschließend stellte Walter eine Anzeige wegen Körperverletzung gegen B. mit der Behauptung, B. hätte ihn getreten.

*Unten: Polizeigewalt nicht nur in Gießen ... der Text zeigt, was Alltag ist bei der Polizei. Bekannt wurde der Fall nur, weil die Polizei bei ihren üblichen Gewaltorgien die Tür verwechselte – und einen Kollegen traf (Auszüge aus der Frankfurter Rundschau).*

## **Elitepolizisten stürmen falsche Wohnung**

**Irrtümlich bei Kollegen eingedrungen und Hunde erschossen / „Das ist scheiße gelaufen“**

DRESDEN · 19. DEZEMBER · AP · Die Beamten hätten sich in der Wohnung geirrt, bestätigte ein Polizeisprecher am Sonntag. Ihm zufolge wollten die Beamten in der Wohnung eines verdächtigen Zuhälters nach Rauschgift und Waffen suchen. Der unschuldige Polizist habe mit seiner Familie im Parterre gewohnt, der Verdächtige im Obergeschoss.

### **„Schießend ins Haus gerannt“**

Der geschädigte 44-jährige Polizeiobermeister sagte, der Einsatz habe am Freitag um 3 Uhr begonnen und fast vier Stunden gedauert. Die Polizisten hätten die Eingangstür des Hauses aufgerammt und seien sofort

schießend in die Erdgeschosswohnung eingedrungen. Er habe sich wie seine 44 Jahre alte Lebensgefährtin auf den Boden legen müssen. Zudem habe man ihm Handfesseln angelegt, sagte er. Obwohl er den Kollegen gesagt habe, dass die Hunde friedlich sind, hätten sie die Tiere erschossen.

Nach Aussage von Bernd W. stürmten die Beamten auch in das Zimmer der 17-jährigen Tochter seiner Lebensgefährtin, die zusammen mit ihrem 19-jährigen Freund in dem Haus schlief. Die Polizisten hätten das Bett durchwühlt. Erst als einer der SEK-Beamten ihn als Kollegen erkannt habe, sei der Einsatz mit den Worten „Das ist scheiße gelaufen, nehmt ihm die Fesseln ab“ abgebrochen worden, berichtete der 44-Jährige.

# Strafe löst nichts!

Montag, 11. April, 9 Uhr

6. Prozesstag:

Angriff auf Demo 

## Probleme schaffen, das Gegenteil sagen!

Strafe soll gewaltförmiges Verhalten von Menschen stoppen. Tatsächlich tut sie genau das Gegenteil. Wie jede andere autoritäre Struktur treten unter Kontrolle, Strafjustiz und Knast deutlich mehr Gewalttätigkeiten auf. Gerichtsverfahren und Urteile verhindern nicht Straftaten, sondern tragen zur Kriminalisierung bei. Das zeigt selbst eine Studie der Bundesregierung – und dennoch wird immer härter bestraft!

## Wahnsinn mit Methode

Überfüllte Knäste sind Zeichen einer irrationalen Abschreckungspolitik. Von Ulla Jelpke

**S**tatt alternativer Maßnahmen greifen deutsche Richter in einem Umfang wie nie zuvor zum erwiesenermaßen untauglichen Mittel der Freiheitsstrafe. In Deutschland sitzen derzeit insgesamt rund 80 000 Straf- und Untersuchungsgefangene ein. Zu 95 Prozent handelt es sich um Männer. Zwischen 1992 und 2000 hatte sich die Zahl der Gefangenen um mehr als 50 Prozent erhöht und ist seitdem nicht mehr kleiner geworden. Und das, obwohl es alle Beteiligten besser wissen.

Eine offizielle Studie des Bundesjustizministeriums »Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen – Eine kommentierte Rückfallstatistik« hat ergeben, daß Personen, die lediglich zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, die

Auszüge aus der Jungen Welt, 28.12.2004, S. 4

geringsten Rückfallraten aufweisen, nämlich rund 30 Prozent. Dagegen gab es bei Tätern, die mit Freiheitsentzug bestraft wurden, ein höheres Rückfallrisiko mit etwa 56 Prozent. Nach derselben Studie werden Täter mit einer Jugendstrafe ohne Bewährung besonders häufig rückfällig. Von den insgesamt 3 265 Personen dieser Gruppe begingen 2 541 nach der Entlassung aus der Haft erneut Straftaten.

~~Insgesamt gesehen sind die meisten Knäste kein Zufall, sondern Produkt einer irrationalen und unwirksamen Abschreckungspolitik. Die gerichtliche Ahndungspraxis ist nachweislich wesentlich härter geworden. Ein Knastaufenthalt ist der beste Nährboden für Rückfälle.~~

und erfundener Fusstritt gegen Polizist

Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)

Geladene Zeuginnen und geplante Themen (Fortsetzung vom 7. April):  
9 Uhr: Polizist Ernst zum gleichen Fall  
10 Uhr: Polizist Hinkel, gleicher Fall  
ab 11 Uhr: Zeuginnen, die von den Angeklagten benannt wurden

Anschließend im Cafe Ö:

Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozesz für alle, die nicht da waren, und Plänen für weitere Tage.

Montag, 11. April, 18 Uhr  
**Montagsdemo meets**

**Prozessbeteiligte**

Ort: Drei Schwätzer, Gießen/Seltersweg

Montag, 11. April, 20 Uhr

**Bundesdeutsche Justizbehörden: Eine kriminelle Vereinigung?**

Ort: FH, Raum G 2

Die deutsche Strafjustiz, immer wieder gerne „Hure der Mächtigen“, agiert nicht, wie Justitia vorgesehen,

### Tabelle „Wen schützen die Strafgesetze?“

Ein Blick in das Strafgesetzbuch. Insgesamt gibt es 316 Paragraphen mit Beschreibung von strafbaren Delikten. Davon behandeln mindestens 23 (= 7,3 Prozent) und höchstens 80 (= 25,3 Prozent) gewaltförmige Delikte. Die überwältige Zahl (236 = 74,7 Prozent) dient also anderen Zielen als der Verhinderung bzw. ohnehin ja nur nachträglichen Abstrafung von Gewalt zwischen Menschen. Die Strafen zu anderen Delikten sind aber genauso als Beginn von Kriminalisierung geeignet und fördern daher Gewalt, ohne selbst schon welche darzustellen. Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass das Strafgesetzbuch nur nebensächlich Gewalt zwischen Menschen ahndet. Allein die Schutzparagraphen für Staat und öffentliche Ordnung sind mehr als alle Gewaltparagraphen selbst unter Einrechnung der unklaren Fälle vorhanden. Eigentum und Markt sind durch ca. dreimal mehr Paragraphen geschützt als Paragraphen gegen klare Formen von Gewalt.

#### 1. Gewalttaten gegen Menschen ..... = 23 Paragraphen (7,3%)

- Gegen die sexuelle Selbstbestimmung: 174-181a und 182 = 15 Paragraphen
- Gegen das Leben und die Gesundheit: 211-231 = 23 Paragraphen, 340 = 1 Paragraphen
- Freiheitsberaubung 234-239b = 7 Paragraphen

#### 2. Unklar, d.h. auch gewaltförmiges Verhalten in Kombination mit anderem möglich ..... = 57 Paragraphen (18,0%)

- Nötigung u.ä.: 239c-241 = 3 Paragraphen
- Raub, Erpressung u.ä.: 249-256 = 7 Paragraphen
- Massive Sachbeschädigung mit Gefährdung von Menschen: 306-323c = 34 Paragraphen
- Umweltdelikte: 324-330d = 13 Paragraphen

#### 3. Rest ..... = 236 Paragraphen (74,7%)

3.1 Schutz von Staat und öffentlicher Ordnung ..... = 87 Paragraphen (27,5%)

- Gegen Staaten/den Staat und staatliche Abläufe (Wahlen ...): 80-121 = 65 Paragraphen
- Gegen die öffentliche Ordnung: 123-145d = 25 Paragraphen

3.2 Schutz von Eigentum, Wirtschaft, Markt und Profit ..... = 66 Paragraphen (20,9%)

- Geldverkehr: 146-152a = 8 Paragraphen
- Wirtschaftliche/materielle Taten: 242-248c = 10, 257-262 = 8, 263-266b = 10, 283-283d = 5, 284-297 = 13, 298-302 = 5, 303-305a = 7 Paragraphen

3.3 Gegen nicht normgerechtes Verhalten ..... = 56 Paragraphen (17,7%)

- Falschaussage u.ä.: 153-163 = 9 Paragraphen
- Gegen Normen u.ä.: 164-165 = 2, 166-168 = 3, 169-173 = 5, 267-282 = 15 Paragraphen
- Straftaten im Amt: 331-358 (außer 340) = 22 Paragraphen

3.4 Sonstiges ..... = 27 Paragraphen (8,6%)

- Sonstige Regelungen um Gewalttaten: 181b-184c (außer 182) = 8, 241a = 1 Paragraph
- Nichtgewaltförmige Delikte gegen Menschen: 185-206 = 18 Paragraphen

nach dem Grundsatz: Das Delikt ist entscheidend, nicht der Täter, sondern nach dem Verdikt: **Wer** ist der Täter? Dabei wird willkürlich unterschieden zwischen Tätern, die dem Establishment angehören (und geschont werden) und staatskritischen BürgerInnen, die die ganze Härte des Strafrechts trifft. Gießen findet in Marburg, Detmold, Hamm, München und vielen anderen Städten statt, von der Politik her weisungsgebundene Staatsanwaltschaften beugen das Recht, willfähige Richter machen mit und bilden damit eine kriminelle Vereinigung. Wer - aus guten Gründen und von der Verfassung her ausdrücklich vorgesehen - staatskritisch ist, hat bei der Hure der Mächtigen in 9 von 10 Fällen schon verloren. Umwelt- und Tierschützer, Menschenrechtler, Altruisten, Vegetarier und Veganer haben bei dieser Gesinnungsjustiz schlechte Karten. Referent: Dr. Edmund Haferbeck, Stuttgart. Der Referent ist Autor des gleichnamigen Buches.

# 6 Rückblick: 23.8.2003

## Jubel für prügelnde Grüne

**Jeder Mensch ist gleich. Einige Menschen aber sind gleicher als andere. Zum Beispiel die Kandidation der Grünen zur Oberbürgermeisterwahl 2003 in Gießen. In der hitzigen Endphase des Wahlkampf schlug sie einem Politaktivisten ins Gesicht. Dessen Brille ging kaputt. Was macht die Polizei? Nimmt den Geschlagenen fest und nicht die Schlägerin. Was macht die Justiz? Klagt den Geschlagenen an, nicht die Schlägerin. Was machen CDU-Bürgermeister und Medien? Bejubeln die Schlägerin und attackieren den Geschlagenen. Verkehrte Welt? Nein, die normale ...**

### Auszüge aus der Doku 2004:

Am 23.8.2003 schlug die Grüne Oberbürgermeisterkandidatin Angela Gülle dem anwesenden B. (Angeklagter im Prozeß vom 15.12.2003) mitten im Seltersweg ins Gesicht. Die Brille ging zu Bruch. Beides wurde von Mitgliedern der Grünen beobachtet und bejubelt! Law-and-Order-Bürgermeister Haumann (CDU) umarmt die tapferen Schlägerin Gülle nach dem Vorfall, die Presse berichtet zustimmend zum Prügeln. Die ebenfalls in der Nähe stehende Polizei verhaftete u.a. den Geschlagenen sowie weitere Personen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. Angela Gülle passierte nichts, nicht einmal ein Ermittlungsverfahren. Stattdessen überredete der Staatsschutzbeamte Schmitt die Grüne nach deren Angaben im Prozeß am 15.12.2003, Anzeige wegen Körperverletzung gegen den Geschlagenen zu stellen, was eifrig von der Staatsanwaltschaft aufgenommen wurde.

Nicht nur als standfest, sondern auch als schlagkräftig erwies sich vor einer Woche die Oberbürgermeister-Kandidatin der Bündnisgrünen. Denn an ihrem Wahlkampfstand im Seltersweg provozierte sie der heimische Oberanarchist, indem er sie mit einer Gießkanne zu bewässern drohte. Als er sie dann auch noch verbal beleidigte und die Grüne zugleich von einer Autonomen von hinten begossen wurde, reagierte sie mit einer schallenden Ohrfeige. Nicht nur moralisch war das einwandfrei, auch rechtlich war diese Reaktion der Wahlkämpferin in Ordnung. Die Juristen sprechen von einer Kompensation: Laut Strafgesetzbuch kann von Sanktionen abgesehen werden, wenn auf eine Beleidigung umgehend mit einer (einfachen) Körperverletzung reagiert wird. So sahen das auch die umstehenden Polizisten, weshalb sie nicht eingriffen. Erst als der Geohrfeigte so lange darüber lamentierte, dass die Beamten nicht mehr weghören konnten, zogen sie ihn für einige Stunden aus dem Verkehr. Seit der Freilassung gibt er nun den Märtyrer - und zufällig hat die Zahl der Verurteilungen von Wahlplakaten der Grünen in dieser Woche deutlich zugenommen.

*Oben: Der Giebener-Allgemeine Stadredaktionschef Guido Tamme ließ seiner Begeisterung für schlagkräftige Law-and-Order-Methoden in der Zeitung freien Lauf und hängt gleich noch eine wilde Verdächtigung an. Dieses beweislose Verdächtigungen montierte sogar der Deutsche Presserat.*

*Unten: Amtsrichter Wendel auf seine Art im Urteil der ersten Instanz ... weil die Grüne Kandidatin prügelte, ist sie glaubwürdig. Obrigkeitsschützer!*

Die Zeugin räumte selbst ein, den Angeklagten gehorft zu haben. Für eine solch extreme Reaktion muß es Gründe gegeben haben; für Oberbürgermeisterkandidaten macht es sich schließlich schlecht, wenn sie bei Wahlkampfveranstaltungen grundlos Passanten prügeln. Schließlich wollen sie gewählt werden.

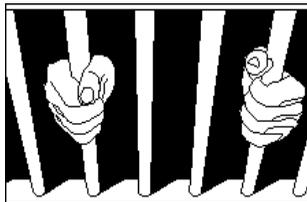
## Donnerstag, 14. April, 9 Uhr 14.4. 7. Prozess-Tag: Faustschlag der Grünen Oberbürgermeisterkandidatin

**Ort: Landgericht Gießen, Ostanlage, Raum E 15 (Erdgeschoss)**

Geladene ZeugInnen und geplante Themen:

9 Uhr: Grüne Ex-Oberbürgermeisterkandidatin Gülle, die einen der Angeklagten in der FußgängerInnenzone ins Gesicht schlug und dabei seine Brille zerstörte. Gülle wurde nie angeklagt, aber der Geschlagene wegen Beleidigung ... er soll Trinkwasser aus einer Gießkanne auf ein draußen stehendes Wahlplakat gegossen haben.  
10 Uhr: Polizist Weber dazu  
11 Uhr: Staatsschützer Schmidt zum gleichen Thema. Der hatte in der ersten Instanz unglaubliche Stories über den Ablauf erzählt und hat zudem alle Bilder, die die Phase des Faustschlags von Gülle zeigen, vernichtet oder zumindest aus den Akten genommen (hat er selbst zugegeben). Die Anzeige gegen ihn wegen Meineids und Beweismittelfälschung wurde vom Staatsanwalt eingestellt ...  
ab 12 Uhr: ZeugInnen, die von den Angeklagten benannt wurden

Mehr: [www.de.indymedia.org/2003/08/60237.shtml](http://www.de.indymedia.org/2003/08/60237.shtml)



**Montag, 18. April, 9 Uhr**

**8. Prozess-Tag:  
Plädoyers & Urteil**

**18.4.**

**Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)**

Falls der Prozess termingerecht abläuft, geht es in die Schlussphase mit Plädoyers der Verteidigung und der Anklage. Sollte es noch passen, kann auch das Urteil schon gesprochen werden ... sonst geht's weiter am 21. April.

*Der Stand des Verfahrens wird laufend unter [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess) zu sehen sein.*

**Anschließend:**

Kochen, Klönen, Diskutieren, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Planen für weitere Tage im Infoladen/AK 44.  
Und: Aufbau der Ausstellung, denn ...

**18. bis 22. April**

**Ausstellung zu Strafe,  
Knast und Menschlichkeit**

**Ort: Infoladen/AK44**

Exponate von Häftlingen, Fotoserie und Texte von Inhaftierten selbst und die Ausstellung zur Dokumentation 2005 über Polizei und Justiz in Gießen.

**Montag, 18. April, 18 Uhr**

**Montagsdemo meets  
Prozessbeteiligte**

**Ort: Drei Schwätzer, Gießen/Seltersweg**

**Montag, 18. April, 20 Uhr**

**Shrinks, das psychiatrische System, Kolonialisierte und die Antwort der Irrenoffensive**

**Ort: Infoladen/AK 44**

Bei dieser Veranstaltung, zu der Aktivistinnen von der Irrenoffensive aus Berlin eingeladen sind, dreht es sich um die Themen Psychiatrie als Repressions- und Integrationssystem; um den Irrtum, daß es „psychische Krankheiten“ gäbe und um den Widerstand dagegen. Die Veranstaltung soll offen sein für Eure Interessen. Der Schwerpunkt kann z.B. auf aktuellen politischen Entwicklungen liegen, wie den Versuch der Einführung der ambulanten Zwangsbehandlung in Bremen oder auf der Diskussion über den Zusammenhang und Parallelen zwischen dem psychiatrischen und dem „Knast“-System.

**Donnerstag, 21. April, 9 Uhr**

**9. Prozess-Tag:  
Was noch fehlt ...**

**21.4.**

**Ort: Landgericht, Raum E 15 (EG)**

Falls der Prozess sich wegen weiterer Zeuginnen usw. verzögert, ist dies ein weiterer Termin.

*Der Stand des Verfahrens wird laufend unter [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess) zu sehen sein.*

**Anschließend im Infoladen/AK 44:**

Kochen, Klönen, Essen, Berichte vom Prozess für alle, die nicht da waren, und Planen für weitere Tage.

**Donnerstag, 21. April, 19 Uhr**

**Lebenslänglich**

**Ort: Infoladen/AK 44**

Geschichten und Gedichte aus dem Knast über Knast (umgeben von der Ausstellung).

**23. bis 30. April**

**Ausstellung zu  
Strafe, Knast und  
Menschlichkeit**

**23.4.**

**Ort: Projektwerkstatt Saasen**

Exponate von Häftlingen, Fotoserie und Texte von Inhaftierten selbst und die Ausstellung zur Dokumentation 2005 über Polizei und Justiz in Gießen.

**Samstag, 23. April, 12-20 Uhr**

**Widerstands-Werkstatt**

**Ort: Projektwerkstatt in Saasen**

Einen Tag diskutieren über Aktionen, Themen, politische Initiativen usw. im Raum Gießen. Hier ist nichts vorgegeben, sondern alle Menschen können mit ihren Ideen kommen oder nach Ideen suchen, wo mitmachen angeht ist. Der Tag hat kein festes Programm, sondern soll als Open Space ablaufen, d.h. die Interessierten finden sich jeweils spontan und über Wandzeitungen zusammen. Am Anfang gibt es beim Essen eine Kennenlern- und Einführungsrunde in den Ablauf des Tages.

**Montag, 25. April, 9 Uhr**

**10. Prozess-Tag:  
Was noch fehlt ...**

**25.4.**

*Siehe 21.4.*



**Samstag, 30. April, ab 16 Uhr**

**Feiern, Umsonst-laden und mehr**

**30.4.**

**Ort: Projektwerkstatt in Saasen**

Das soll ein relaxter Tag werden mit Diskussionen über all das Gewesene, Ausblicken, Feiern, Essen kochen - und der nötigen Bewachung des Hauses. Denn erst durch die regelmäßige Anwesenheit vieler Menschen könnte eine dramatische und leider in Medien verschwiegende Tradition in Saasen gebrochen werden, die 2001 mit einem großen, bewaffneten Angriff eines sozialrassistischen Mobs auf die Projektwerkstatt ihren Höhepunkt fand.

**Weitere Termine**

**Ständiger Terminkalender:**

[www.projektwerkstatt.de/termine](http://www.projektwerkstatt.de/termine)

**Dienstag, 19. April, 20.30 Uhr**

**Fish Bowl „Tierrechte, Rechte und Populismus“**

**19.4.**

**Ort: AK 44/Infoladen**

Offene Diskussion zu Verwicklungen und Positionen von Tierrechtsorganisationen, z.B. die PeTA-Kampagne „Der Holocaust auf Deinem Teller“, die Verbindungen zur fundamentalistischen und antisemitischen Universalles-Leben-Combo, die Rolle von Peter Singer und Helmut F. Kaplan usw.

**21.-24. Juli 2005**

**Offener Raum auf dem Sozialforum in Deutschland**

**21.7.**

**Ort: Erfurt**

Ziel ist, einen lebendigen, offenen, kreativen, frechen und hierarchiefreien Ort zu schaffen inmitten eines Sozialforums, das auch die klassischen Verbands- und Apparaturstrukturen haben wird.

[www.sozialforum-von-unten.de/vu](http://www.sozialforum-von-unten.de/vu)

**Sommercamps 2005**

Nach dem Sozialforum finden das A-Camp in der Schweiz, das Sommercamp in der Traumschule (Altmark) und weitere Camps statt. ProjektwerkstättlerInnen wollen mit der Direct-Action-Ausstellung dort hinfahren, Workshops organisieren, Kontakte knüpfen, Aktionen planen und mehr. Wer mittouren will: Tel. 06401/903283.

## Welchen Sinn macht Strafe?

**Die Studie war überraschend und kam aus berufenem Munde. Überraschend war sie nicht vom Inhalt her, sondern dass das zu Erwartende offiziell bestätigt wurde. Berufener Mund deshalb, weil Auftraggeber das Bundesjustizministerium war und es sehr glaubwürdig klingt, wenn die Bundesregierung selbst zu ihren eigenen Strategien sagt: Das ist alles Unsinn – Strafe und Knast machen alles schlimmer!**

Anfang 2004 veröffentlichte das Justizministerium eine „Rückfallstatistik“ zur Wirkung von Strafe. Das spannende Ergebnis hört sich so an: „Die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion Verurteilten weisen ein höheres Rückfallrisiko auf als die mit mildereren Sanktionen Belegten.“ Also – je härter die Strafe, desto sicherer die Kriminalisierung durch selbige. Das ist nicht überraschend, sondern deckt sich mit allen Beobachtungen zu Autorität: Je autoritärer die Erziehung, desto gewaltförmiger in der Tendenz der Umgang der so Erzeugten mit ihren Mitmenschen. Je autoritärer das persönliche Umfeld, desto gewaltförmiger der Umgang der Menschen untereinander (z.B. im Knast). Je autoritärer ein Staat, umso mehr Gewalt zwischen den Menschen in ihm – jeweils in der Tendenz. Die Forderung nach Abschaffung von Knästen, Justiz und Polizei ergibt sich schon aus diesen Überlegungen. Mehrere weitere kommen hinzu:

Die Existenz von Repressionsstrukturen ist selbst immer auch Ursache für den Wunsch nach Einsatz derselben zu bestimmten Zwecken. Herrschaft und Herrschaftsausübung folgen unmittelbar aus der Möglichkeit dazu. Wenn ich die Waffe in der Hand habe (oder eine Polizei durch entsprechende Gesetze zum Handeln veranlassen kann), steigt meine Neigung, mich mit meinen Mitmenschen nicht mehr zu einigen, sondern sie zu zwingen.

Fast alle Gewalttaten zwischen Menschen haben spezifische Gründe, die nicht wiederkehren. Wer einen anderen Menschen aus Rache, angestautem Ärger oder Neid umbringt oder verletzt, wird das nicht mit größerer Wahrscheinlichkeit wieder tun wie andere Menschen auch. Das macht die Tat nicht besser, es zeigt aber, dass Strafe der Genußtuung Dritter dient, aber nicht zu Veränderung von Verhalten führt. Ganz im Gegenteil: Die asozialisierten Verhältnisse im Knast können bewirken, was ohne den Knast nicht passieren würde – die Fortsetzung von gewaltförmigem Verhalten.

Viele Gewalttaten haben eine Vorphase, z.B. sexueller Missbrauch in Form von verbalen Übergriffen oder Drohungen, Schläge bis hin zum Mord in Form von massivem Streit. Wenn hier das soziale Umfeld nicht weggucken würde („Darüber redet man nicht“ über „das geht Dich nichts an“ bis zu „das beschmutzt die Ehre unserer Familie!“), sondern intervenieren und die VerursacherInnen zur Rede stellt, würden die meisten Eskalationen hin zu Gewalttaten gar nicht mehr stattfinden. Strafe dagegen greift erst ein, wenn es zu spät ist.

Die weitaus meisten Straftaten, Häftlinge und auch Paragraphen im Strafgesetzbuch haben mit Gewalt zwischen Menschen aber gar nichts zu tun. Es sind Handlungen mit wirtschaftlichem Hintergrund oder Ungehorsam bzw. Sabotage gegen den Staat. Erstere sind bei genauerer Betrachtung fast immer Umverteilungen von Oben nach Unten, d.h. Menschen holen sich etwas,

wo es mehr davon gibt – oftmals sogar, ohne dadurch andere Menschen zu schädigen. Wer jemand anders das Fahrrad klaut, schädigt die andere Person. Wer aber kein Handy hat und Karstadt, T-Punkt oder Vodafone bieten Tausende an, so ist das Wegnehmen von einem Umverteilung. Aus Profitinteressen ist das unter Strafe gestellt. Mit dem zweiten großen Block im Strafgesetzbuch schützt sich der Staat selbst – mensch darf seine Hymne und Fahne nicht verunglimpfen oder PolizistInnen nicht beleidigen. Und ethisches mehr.

Zu alledem gibt es verbotene Dinge, die niemanden stören – nur der Staat will eine bestimmte Ordnung aufrechterhalten. Drogenkonsum, Parties auf der leeren Straße, bunte Graffiti an grauen Behördenwänden und ähnliches gehören dazu.

Zusammenfassend: Strafe dient nie den Menschen, sondern der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die durch Interessen geleitet wird – den Interessen derer, die gerade bestimmen, was geschehen soll. Wer Politik gegen Herrschaft machen will, greift an dieser Stelle etwas sehr Symbolisches an, etwas was den Kern von Machtausübung betrifft.

### Informationen

- ★ Die Studie: [www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Justiz-und-Recht/Nachrichten;715.600306/pressmitteilung/Bundesjustizministerium-legt-u.htm](http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Justiz-und-Recht/Nachrichten;715.600306/pressmitteilung/Bundesjustizministerium-legt-u.htm)
- ★ [www.projektwerkstatt.de/antirepression](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression): Hintergrundtexte, Aktionsideen und mehr zu kreativer Antirepression.
- ★ [www.polizeidoku-giessen.de.vu](http://www.polizeidoku-giessen.de.vu): Informationen zu einer umfangreichen Sammlung von krassen Erfindungen

### Verbrechen folgen auf Strafen

Die Statistik beweist: Je schärfer die Strafen für ein Verbrechen, desto höher liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Gestrauchelter erneut das Gesetz bricht und straffällig wird.

Oscar Wilde, der irische Dichter, ahnte es schon vor 113 Jahren. „Eine Gesellschaft verbohrt viel mehr durch die gewohnheitsmäßige Anwendung von Strafen als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Es ist erwiesen, dass desto mehr Verbrechen geschehen, je mehr Strafen verhängt werden.“ Eine Rückfallstatistik, die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries im Auftrag gegeben hat, legt den nämlichen Schluss nahe: Je härter die Sanktion, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Gestrauchelter erneut straffällig wird. Den Be-

- **Auffallend ist indes, dass die Rückfallgefahr mit der Schwere der Sanktion jäh ansteigt, 612.747 der Beobachteten, also der überwiegende Teil, wurden mit Geldstrafen belegt; bei 70 Prozent wirkte dies als hinreichende Abschreckung. Würde eine Bewährungsstrafe verhängt, blieben danach 35 Prozent sauber, bei den Inhaftierten nur 44 Prozent. Diese abfallen-**

und repressiven Durchgriffen seitens Polizei, Justiz, Presse und Po-

litik im Raum Giessen.

- ★ Mehr Lesestoff, z.B. die Direct-Action-Heftchen „Kreative Antirepression“ und „Knast“ mit Texten und Tipps für kreative Aktionen, Bücher zu herrschaftsfreien Utopien und die Dokumentationen zu Polizei- und Justizerfindungen, Hausdurchsuchungen und mehr im Raum Giessen unter [www.politikram.de.vu](http://www.politikram.de.vu).
- ★ Diskussion und Texte über herrschaftsfreie Gesellschaft: [www.herrschaftsfrei.de.vu](http://www.herrschaftsfrei.de.vu)

# 2004: Die erste Dokumentation zur Repressionspraxis in Gießen

**März 2004: Gießener Gruppen veröffentlichen die 50-seitige „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen“. Über 20 Fälle von Erfindungen irgendwelcher Straftaten, zusätzlich viele Erfindungen von Tatbeteiligungen, etliche rechtswidrige Angriffe auf Demonstrationen, ebenso illegale Platzverweise, Hausverbote, Festnahmen, DNA-Tests und Hausdurchsuchungen, Einschüchterung und Gewalt, Hetze und Schüren sozialrassistischer Gewalt sind dort zusammengetragen und im März 2004 veröffentlicht worden. Die Reaktionen darauf zeigten, wie richtig die AutorInnen der Studie lagen: Mehr denn je blockten die kritisierenden Kreise regionaler Eliten jegliche öffentliche Debatte und versuchten, die kritische Opposition mundtot zu machen.**

## Inhalte der Dokumentation

11.12.2002, 24 Uhr: Zwei Aktivisten der Projektwerkstatt (Kreis Gießen) verschwinden auf ihrem Weg durch die Giessener Innenstadt. Am 13.12.2002 verkündet der Giessener Anzeiger: „Bergstedt war am Mittwoch erwischt worden, wie er Wände rund um das Rathaus mit Parolen beschmierte“. Die Konkurrenz der Giessener Allgemeine schrieb fast gleichlautend: „Einer der Haupttäfelsführer des Autonomenprotestes konnte nicht am oder im Stadthaus sein: Der Reiskirchner war in der Nacht zuvor beim Sprayen in der Innenstadt ertappt und bis gestern Abend in Unterbindungsgewahrsam genommen worden“. Dahinter stand eine entsprechende Information der Giessener Polizei. Kaum jemand ahnte, was sich kurz danach herausstellte: Weder waren die zwei Personen in der Nähe des Rathauses gewesen noch beim Sprühen erwischt worden. Es gab gar keine Graffiti am Rathaus! Tat und Täter wurden komplett erfunden!

An solche Verhältnisse mussten sich die EinwohnerInnen in Gießen fortan gewöhnen, auch wenn viele die Fälschungen in Tageszeitungen und Polizeiberichten nicht erkennen konnten oder wollten. Was Polizei, Politik und Presse veröffentlichten, entsprang meist ihrem Reich der Märchen. Nur einmal wurde das stark öffentlich diskutiert – allerdings ebenfalls ohne jegliche Konsequenzen für den Verursacher. Gießens Bürgermeister Haumann (CDU) hatte am 12.12.2002 offensichtliche Schwierigkeiten, einen harten Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Er griff zu üblichen Tricks und verkündete, es sei eine anonyme Bombendrohung eingegangen. Das war komplett gelogen. Nach zwei Monaten ständiger Wiederholung musste er kleinlaut zugeben, alles ausgedacht zu haben. Ohne einen penetrant nachforschenden PDS-Abgeordneten wäre das nie ans Tageslicht gekommen. Polizei und viele PolitikerInnen im Umfeld des Bürgermeisters hatten ebenso unterwürfig geschwiegen wie kein Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister eingeleitet wurde. Kurz danach würde er sogar als Kandidat der regierenden CDU zum Oberbürgermeister gewählt.

Die meisten weiteren Fälle wurden nie öffentlich richtiggestellt. Die Erfindungen stammen aus der Presseabteilung des Polizeipräsidiums Gießen oder von regionalen PolitikerInnen und Journalisten. Die Presse druckte sie bereitwillig ab, selbst wenn rechtzeitig Gegendarstellungen vorlagen – letztere wurden ohnehin regelmäßig verschwiegen. Die Staatsanwaltschaft lehnte stets die Aufnahme von Ermittlungen wegen falscher (§ 164 Strafgesetzbuch) oder politischer (§ 241a) Verdächtigung ab. Stattdessen schmiedete sie aus einem Teil der Erfindungen Anklagen gegen AktivistInnen politischer Gruppen – zumindest erstinstanzlich kam es durch die gleichsam mit der politischen Obrigkeit

**Dokumentation von**

- **Fälschungen**
- **Erfindungen**
- **Hetze**

**durch**

**Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen**



verfilzten Richter an den Giessener Gerichten zu Verurteilungen bis zu 9 Monaten Haft ohne Bewährung. Die „Beweisführung“ des Urteils lesen sich u.a. so: „Die Zeugin räumte selbst ein, den Angeklagten geohrfeigt zu haben. Für eine solch extreme Reaktion muß es Gründe gegeben haben; für

Oberbürgermeisterkandidaten macht es sich schließlich schlecht, wenn sie bei Wahlkampfveranstaltungen grundlos Passanten prügeln. Schließlich wollen sie gewählt werden.“ Schon vor Ort war nur der Geohrfeigte verhaftet worden, gegen die vor vielen Zeugen, u.a. mehreren Polizisten zuschlagende Politikerin wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In einem weiteren Verfahren wurden sogar neue Straftaten erfunden: „Beleidigung durch Unterlassung“ führte zu einem Ermittlungsverfahren seitens der Polizei, Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft und einem Strafbefehl durch Amtsrichterin Kaufmann gegen eine Person, weil sie mit ansah, wie Menschen Parolen per Kreide auf die Straße schrieben. Demoauflagen in Gießen enthalten Anweisungen, Polizeibeamten „unbedingte Folge“ zu leisten, DNA-Tests werden ohne richterliche Anhörung angeordnet und durchgezogen, die Verteilung von Flugblättern als Nötigung der PassantInnen bewertet und Verteiler in Gewahrsam genommen – die Liste der Rechtswillkür ist lang geworden.

## Gewaltverharmlosung

Die Erfindung von Straftaten ist bereits sowohl in Qualität wie auch in Quantität unglücklich. Dramatisch wirkt das Geschehen angesichts dessen, wie mit Gewalttaten gegen politische Oppositionelle umgegangen wird. Regelmäßig werden keinerlei Anklagen erhoben. Das gilt sowohl für den genannten Schlag der Giessener Grünenpolitikerin, der in der Giessener Allgemeinen als „moralisch und rechtlich einwandfrei“ titulierte wurde, wie auch für einen bewaffneten Überfall mit sozialrassistischen Parolen auf die Projektwerkstatt Saasen in der Nacht auf den 1. Mai 2001 sowie auf einen Überfall eines mit einer Sense und einem Benzinanker bewaffneten Mannes auf dasselbe Haus mit einem anschließenden Angriff auch auf Polizeibeamte. Das Verfahren wurde eingestellt, die örtliche CDU begrüßte die Aktion der Marke Bürgerwehr. Das alles wird in der Dokumentation haarklein aufgelistet mit präzisen Quellenangaben – in der Regel dem detailgenauen Abdruck der Polizeipresseinformationen, Presstexte oder Äußerungen aus Politik und Justiz.

## Beispiele

# 20

Die Erfindungen und Fälschungen ziehen sich über einen Zeitraum von einigen Jahren. Auch in der Phase, wo schon auf Erfindungen basierende Prozesse liefen, wurde immer neue Straftaten komplett erfunden.

- ★ Gedichte zu Brandsätzen: Eines der skurrilsten Beispiele ist der 9.12.2003: Bei einer öffentlich angekündigten Gedichtlesung nimmt die Polizei 12 Menschen fest und schiebt ihnen wenige Stunden später per Presseinformation den Versuch von Farbschmierereien unter. Trotz rechtzeitigem Dementi drucken beide Tageszeitungen die Lügen ab – wissentlich! Ein halbes Jahr später korrigiert die Polizei ihre Geschichtsschreibung, spricht jetzt von einem versuchten Brandanschlag und präsentiert sogar einen beschlagnahmten Brandsatz. Doch der stellt sich als Reinigungsflüssigkeit heraus: Graffiti-entferner!
- ★ 138 Straftaten! Am 7.4.2004 veröffentlichte die Polizei Mittelhessen ihre Kriminalitätsstatistik für 2003. Darin findet sich ein unglaublicher Absatz mit Tätervorwürfen gegen die Projektwerkstatt in 138 Fällen. Nirgends anders gab es in der Statistik Benennungen von TäterInnen oder Tätergruppen. Von den bekanntgewordenen Ermittlungsverfahren in Staatsschutzdelikten ist 2003 nur eines durch Gerichtsurteil abgeschlossen worden – für den Rest ist die Behauptung der Polizei eine politisch brisante Vorverurteilung.
- ★ 10.7.2004, Licht: Die Bereitschaftspolizei feiert. Im Eingangsbereich aber ist Sicherheit angesagt. Unwillkommene Gäste sollten abgefangen werden, Kritik darf bei einem solchen Fest nicht sein. Meinungsfreiheit? Gibt's nicht. Als dann mögliche Störenhören mit Flugblättern auftauchen, werden sie gleich kurzzeitig verhaftet und erhalten Platzverweise für das Festgelände und das angrenzende Wohngebiet. Sie fügen sich dem und verteilen ihre Flugblätter weiter entfernt. Doch auch das will die Polizei nicht dulden – schließlich nimmt sie einen der Flugblattverteiler fest. Der aber legt Widerspruch ein. Die Polizei in Gießen hält das für unzulässig, das Verwaltungsgericht Gießen definiert den Widerspruch als aussichtslos. Vor einer Verhandlung. Begründung: Die Polizisten haben immer recht. Der Betroffene bleibt beim Widerspruch, das Verfahren rollt und gibt einen Blick in die Akten frei. Dort notiert die Polizei, dass keine Informationen rausrücken will: „würden wir Herrn Bergstedt mit weiteren Ausführungen nur zusätzliche Angriffsflächen bieten“.

## Bewertung

Gießen ist eine der vorpreschenden Städte in Sachen innerer Sicherheit geworden. Hier kam vor einigen Jahren eine Law-and-Order-orientierte bürgerliche Koalition an die Macht und verschärfte die schon unter rot-grüner Mehrheit begonnenen Überwachungsmaßnahmen erheblich. Zudem wohnt der hessische Innenminister Volker Bouffier in dieser Stadt. Er ist der Scharfmacher, seine politischen Bündnisgenossen in der Stadtführung die Umsetzer immer

neuer Experimente. Bisheriger Höhepunkt war die neue Gefahrenabwehrverordnung, verabschiedet am 12.12.2002, die vom Teppichauklappen bis zum Flugblattverteilen vieles in der Innenstadt verbietet und vor allem nicht erwünschte Menschen aus der Stadt drängen soll. Immer neue Polizeieinheiten, z.B. Freiwilliger Polizeidienst, StadthelferInnen und Wachpolizei, sollen diese Regelungen durchsetzen und patrouillieren durch die Stadt. Im benachbarten Licht entstand die modernste Polizeikaserne Europas (Selbstlob Ministerpräsident Koch), immer mehr zivile Polizeieinheiten kontrollieren in Gießen vor allem politische Gruppen – einige AktivistInnen haben regelmäßige Polizeibesucher auf ihren Wegen durch die Stadt oder vor ihren Wohnungen. Nach allem, was aus Gesprächen und öffentlichen Verlautbarungen herauszuhören ist, ist das Gewesene erst der Anfang. Gießen ist eine Experimentierfläche des autoritären Staates – nicht die einzige. Innere Sicherheit dient regelmäßig den Interessen der Mächtigen, richtet sich gegen kritische und unerwünschte Menschen. Die Polizeigesetze werden im Rekordtempo novelliert und verschärft. Protest dagegen findet kaum statt – eine fatale Entwicklung!

### 3. Staatsschutzdelikte<sup>2</sup>

Täter aus ...	2003	2002
... linkem Spektrum	138	21
... rechtem Spektrum	46	66
... der politisch motivierten Ausländerkriminalität	1	2
<b>gesamt</b>	<b>185</b>	<b>89</b>

Im Jahr 2003 wurden in der Stadt und im Landkreis Gießen sowie im Lahn-Dill-Kreis insgesamt 185 Fälle sogenannter Staatsschutzkriminalität registriert.

Der Anstieg bei Tätern aus dem linken Spektrum ist überwiegend auf Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Zusammenhang mit der in

Gießen eingeführten Gefahrenabwehrverordnung und dem Landtags-/OB-Wahlkampf durch Aktivisten der Projektwerkstatt in Saasen zurückzuführen.

Bei den Straftaten aus dem Bereich des rechten Spektrums bilden die Delikte nach § 96a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), die in letzter Zeit auch vermehrt über Internet und Handy (SMS) begangen werden, einen Schwerpunkt. Schmierereien (Symbole und Parolen) paaren sich oft mit normalen Graffiti-Symbolen.

<sup>2</sup> Die dargestellten Werte umfassen sowohl die Fälle der Stadt und des Landkreises Gießen als auch des Lahn-Dill-Kreises.

Abbildung: Auszug aus der Kriminalitätsstatistik 2004 des Polizeipräsidiums Mittelhessen

## Quellen und Links

Infoseite zur Dokumentation, zu Einzelfällen und Reaktionen sowie zu weiteren Entwicklungen: [www.polizeidokugiesen.de/vu](http://www.polizeidokugiesen.de/vu). Auf dieser Seite kann die gesamte Dokumentation mit allen Zitaten und Quellen downgeloadet. Zudem finden sich hier weitere Links zu neueren Vorgängen. Die Originaldokumente sind regelmäßig mit eingestellt, so dass eine gute Nachweisebene gegeben ist, die auch für die in obigen Ausführungen genannten Beispiele gilt.

## Weitere Informationen

- ★ Prozesse gegen AktivistInnen aus dem Raum Gießen: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)
- ★ Gefahrenabwehrverordnung und innere Sicherheit in Gießen: [www.abwehr-der-ordnung.de/vu](http://www.abwehr-der-ordnung.de/vu).
- ★ Diskussionen zu Herrschaft und Utopien: [www.herrschaftsfrei.de/vu](http://www.herrschaftsfrei.de/vu).
- ★ Bestellung der Dokumentation und vieler anderer Materialien zum Thema: [www.politkram.de/vu](http://www.politkram.de/vu).

# Sozialrassismus und Sozialpolitik in Gießen

Thema

Während Konzerne Rekordgewinne einfahren und SpitzenmanagerInnen am Tag mehr verdienen als andere das ganze Jahr, während Regierungen in Deutschland wieder munter Kriege führen, neue internationale Kampfverbände finanzieren und immer mehr Polizeitruppen aufbauen, werden der soziale Kahlschlag funktioniert, wird gehetzt und das Eigentum der Reichen immer aufwendiger abgesichert.

Was überall sichtbar ist, geschieht auch in Gießen. Neue Kameras, Polizeitruppen mit immer neuen Namen und die Gefahrenabwehrordnung sollen lückenlose Sicherheit schaffen, die vor allem den Privilegierten dient. Passend dazu wird gehetzt: Gegen Arbeitslose, Obdachlose und politisch Andersdenkende.

## Guido Tamme, Sozialrassist der Gießener Allgemeine

Im August 2004 verkündete der Allgemeine-Stadttredaktionschef Guido Tamme (siehe Abbildung), dass nur bestimmte Menschen auf den städtischen Bänken sitzen dürfen. Die Abbildung zeigt den Ausschnitt. Ein Aktivist aus der Projektwerkstatt verfaßte einen Brief an Stadt, die Kirche als Besitzerin der Bänke und andere. Niemand antwortete – unter den Privilegierten dieser Gesellschaft gilt das Abkommen „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“.

## Sozialpolitik per Todesschuss

Keine Aufklärung gab es zu einer besonderen Form von Sozialpolitik in Gießen. Ein Rentner, der aus seiner Wohnung geklagt wurde, drohte mit Selbstmord. Daraufhin

stürmte die Polizei die Wohnung und erschoss ihn. Polizei, Staatsanwalt und Presse hielten zusammen: Der Rentner habe auf die Polizisten geschossen (merkwürdigerweise aber trotz geringer Distanz nicht getroffen ...). Die Presse schrieb das noch am gleichen Tag als Wahrheit in ihre Artikel. Der Staatsanwalt stellt das Ermittlungsverfahren ein. Der Rentner ist weiter tot.

Mehr:  
[www.kroetenwanderung.de/vu](http://www.kroetenwanderung.de/vu).

Rechts: Auszug aus Gießener Allgemeine

Unten: Auszüge aus Gießener Anzeiger

## Trinker und

Seit über einem Monat herrschte – wie immer während der Sommerferien – in Gießen »tote Hose«, was zugkräftige öffentliche Veranstaltungen am Wochenende anging. Seit gestern Abend sieht das ganz anders aus: Das Stadtfest ist wieder ein Publikumsmagnet für Gießen und Umgebung. Das Gratisangebot an Musik- und anderen Unterhaltungsdarbietungen ist so groß, dass der gemeine Besucher es gar nicht schaffen kann, überall hinein zu schnuppern. Viele Stammgäste schauen sich deshalb genau das Programm an, entscheiden sich für eine Bühne und bleiben dort länger »hängen«. Zentraler Stadtfest-Schauplatz ist wieder der Kirchenplatz. Das hat den willkommenen Nebeneffekt, dass zumindest an diesem Wochenende das Erscheinungsbild des historischen Stadtkerns nicht von Stadtreichern und anderen Stammgästen geprägt wird. Der Präsenz auf den eigentlich für flanierende Innenstadt-Passanten gedachten Sitzbänken rund um die Wiese hat in den vergangenen Wochen stark zugenommen, was bereits zu Beschwerden aus der Kundschaft der Geschäfte und Cafés rund um den Kirchenplatz führte. Stadtverwaltung und Polizei samt ihrer freiwilligen Verstärkungen scheinen diesem Phänomen aber machtlos gegenüber zu stehen. Das verwundert schon ein wenig in einer Stadt, deren führende Regierungspartei sich das Motto »Sicherheit-Ordnung-Saubertextil« auf die Fahnen geschrieben hat. Und in der vor zwei Jahren von Magistrat medienwirksam als Arbeitsgruppe »SOS und Hilfe« ins Leben gerufen wurde, die sich genau dieser Problematik des »Offenen Trinkens« widmen sollte.

## Tödliches Ende einer Zwangsäumung

Rentner stirbt nach Schusswechsel mit Beamten des Sondereinsatzkommandos – Landeskriminalamt nimmt Ermittlungen auf

GIESSEN (jl). Es wird wohl nicht mehr zu klären sein, weshalb ein 77-jähriger Rentner gestern Mittag in seiner Wohnung im Holbeinring 8 auf Beamte eines Sondereinsatzkommandos (SEK) schoss. Sekundenbruchteile später trafen ihn zwei Schüsse aus den Dienstwaffen der Spezialbeamten. Karl S. war sofort tot. Etwa vier Stunden zuvor hatte der Rentner bereits dem Gerichtsvollzieher, der mit einem Speditionunternehmen zur Zwangsäumung erschienen war, angekündigt, er werde die Wohnung nicht verlassen, eher werde er sich erschießen.

Ihren Ursprung haben die tragischen Ereignisse im Holbeinring wohl vor etwa zwei Jahren. Damals hatte Karl S. sein Haus, das er selbst gebaut hatte, verkauft oder verkaufen müssen, dies aber wohl wieder rückgängig machen wollen, was nicht möglich war, wie der Anzeiger erfuh. Seitdem gab es immer wieder Probleme zwischen ihm und dem neuen Eigentümer, der den Rentner aus dem Haus haben wollte. Diese Versuche mündeten nun in einem rechtskräftigen Räumungstitel, der gestern Morgen gegen 8 Uhr mit Hilfe eines Gerichtsvollziehers vollstreckt werden sollte. Doch Karl S. weigerte sich, erklärte, er werde sich erschießen und drohte auch dem Gerichtsvollzieher. Den Revolver, mit dem der

Spezialkommando aus Frankfurt an. Da der 77-Jährige seinem Mitbewohner, aber anfänglich auch gegenüber der Polizei versichert hatte, er werde nicht auf die Beamten schießen, allerdings sich selbst töten, wenn sie seine Wohnung stürmen würden, setzte die Einsatzleitung auf Verhandlungen.

Weshalb es dann doch dazu kam, dass Karl S. mit seiner Waffe in der Hand die Wohnung verließ und auf die Polizisten schoss, ist noch genauso unklar wie die darauf folgende Reaktion der Beamten. Die Ermittlungen hierzu hat das Landeskriminalamt übernommen.



## 10. März bis Ende April: Politischer Prozess im Landgericht Gießen!

Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt in Saasen (bei Gießen) mit Prozessen überhäuft. Am 10.3. beginnt ein auf sechs Wochen angesetzter Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. In der ersten Instanz kassierten sie nach skandalösem Prozeß 9 Monate Haft ohne Bewährung. Angeklagte und politische Gruppen haben demgegenüber Erfindungen, Fälschungen und Hetze durch Repressionsorgane minutiös dokumentiert. Ohne Öffentlichkeit zieht die Obrigkeit aber einfach durch. Aktionen sind wichtig, in und um Gießen soll es zudem parallel zum Prozess eine Veranstaltungsreihe geben. Der Prozeß wird zudem teuer.

Infoseite zum Prozeß: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)  
Dokumentation zu Repression: [www.polizeidoku-giessen.de/vu](http://www.polizeidoku-giessen.de/vu)  
Kreativer Widerstand: [www.direct-action.de/vu](http://www.direct-action.de/vu)

Konto "Spenden & Aktionen", Nr. 9288 1806, Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00

## Wer oder was ist die Projektwerkstatt eigentlich?

**Projekte und Aktionen sind das Herzstück der Projektwerkstatt. Dafür sind die Räume und auch das Tagungshaus geschaffen. Neben den politischen Gruppen, Projekten usw., die z.B. für ein Wochenende oder eine Woche im Tagungshaus unterkommen und die Projektarbeitsräume nutzen, laufen rund um das Haus auch ständig Projekte. Vielfach sind es Kooperationen mit teilweise vielen anderen Gruppen regional, überregional und international.**

Alle Projekte treten unter ihrem Namen auf, niemand kann sich „Projektwerkstatt“ nennen. Dafür sind aber auch alle Projekte in ihren Entscheidungen autonom. Hierarchien lehnen wir ab – Vorstände, Plena, Delegiertentreffen oder anders betitelte Zentralgremien gibt es nicht, statt dessen ist das ganze Haus so aufgebaut, daß Informationsflüsse über direktes Begegnen, Infowände usw. läuft. Es gibt nämlich keine getrennten Büros, sondern alles ist allen zugänglich. Ob Bücher oder Computer, alles wird gemeinsam genutzt und weiterentwickelt (oder auch mal nicht ...). Beispiele für aktuell laufende Projekte sind in dieser Zeitung viele zu finden.

### Das Haus

Das gesamte Haus ist fast unüberschaubar – überall gibt es Ecken und Winkel, und überall tun sich neue Möglichkeiten auf. Teile der Archive, dann wieder eine Sitzecke mit Computer, Ausstellungen, Pinnwände, ein großer Raum für Vorträge oder Filme, dann eine gemütliche Hängematten-Sitzecke oder eine mit Videorekorder, ein schallgeschützter Probe- und Partyraum und vieles mehr. Diese Vielfalt kommt allen Treffen, aber vor allem solchen Projekttreffen und Seminaren zugute, bei denen Dominanzabbau zählt. Eine kurze Übersicht kann einen Eindruck vermitteln.

### Besondere Ausstattung

Archive zu Themen wie Utopien, Direkte Aktionen, Laden-Schluss, der politische „Umsonstmarkt“ ([www.projektwerkstatt.de/ladenschluss](http://www.projektwerkstatt.de/ladenschluss)), Orientierung des ganzen Hauses an kreativen Gruppenprozessen (Raumgestaltung usw. für Open Space und Ähnliches)

### Projektarbeitsräume

Biologisches Labor (Siebe, Lupen, Mikroskope, Photometer usw.), Layoutwerkstatt (DTP-Computer, Bilder-/Fotoarchive, Zeichentisch), experimentelles Musikstudio, Internetzugänge und Internetprogrammierung, Fotolabor (schwarz-weiß), Fahrrad- und Heimwerkstatt, Party- und Proberaum (schallgeschützt), Gruppenräume und viele kleine Sitzecken (z.T. mit technischer Ausstattung, großer Seminarraum mit Projektoren, Direct-Action-Raum.

### Archive und Bibliotheken

Umweltschutz (Landschaft, Energie, Müll, Gentechnik usw.), Eine-Welt, Globalisierung, Neoliberalismus, Antifa, Antirassismus, Antinationalismus, Rechte Ideologie/Neue Rechte, Gender/Antisexismus, Pädagogik, Bil-

dungsarbeit, Filz im Naturschutz (Umweltschutz, Staat und Konzerne, rechte Ökologie usw.), Esoterik, Ökofaschismus, Kinderbücherei, Direkte Aktionen/Widerstand (u.a. zu Köln 99, Global-Action-Day/Seattle, Expo-Widerstand, Prag 2000, Gratiszug Bonn-Genua, Weihnix 24.12.01, Anti-NATO München, Atomforum, Castor usw.), Gruppenmethoden, Organisationsformen, Medienarbeit, Finanzierung usw.

### Tagungs- und Seminarhaus

3 Bettenräume mit 21 Betten (zusätzlich Matratzen, Isomatten möglich), großer Tagungsraum und mehrere Kleingruppenräume, Gruppenküche und Sanitäranlagen. ReferentInnenvermittlung zu verschiedenen Themen sowie Einführung und Unterstützung für Kreativmethoden und Entscheidungsfindung von unten (Fish Bowl, Open Space) sind möglich. Mehr: [www.projektwerkstatt.de/seminarhaus](http://www.projektwerkstatt.de/seminarhaus).

### Das Leben

Im Haus ist Platz für Menschen, die hier leben wollen – selbstorganisiert, unabhängig und hierarchiefrei. Die, die zur Zeit hier sind, halten das Haus offen, reparieren wo nötig und sind ansprechbar für alle, die die Werkstätten, Bibliotheken, Archive oder das Seminarhaus nutzen wollen. Es gibt aber keine Privaträume und Privateigentum. Auch die hier leben, wohnen in dem offenen Haus. Und wer mitmischen will, ist herzlich willkommen. Nur auf Chefs und Chefinnen darf niemand warten!

Wer Lust hat, einfach mal vorbeizugucken und sich alles anzusehen, kann das jederzeit tun. Ein kurzer Anruf vorher ist hilfreich, um einen guten Zeitpunkt zu finden. Gruppen und Projekte können die Räume ebenfalls jederzeit – auch mit Übernachtung!



## Projektwerkstatt, Tagungshaus & Archiv

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5  
saasen@projektwerkstatt.de, [www.projektwerkstatt.de/saasen](http://www.projektwerkstatt.de/saasen)  
Sachspenden für's Haus gesucht: Liste im Internet!

[www.projektwerkstatt.de/saasen](http://www.projektwerkstatt.de/saasen)

# Zitate Gießener Polizisten

Quelle: Dokumentation 2004 ([www.polizeidoku-giessen.de.vu](http://www.polizeidoku-giessen.de.vu)).

# 23

„Bei uns ist schon mal jemand die Treppe runtergefallen.“ (Typische, inzwischen mehrfach wiederholte Form der indirekten Gewaltandrohung von Polizeibeamten gegenüber Verhafteten oder DemonstrationsteilnehmerInnen)

„Du bist der Nächste!“ (Staatsschutzchef Gerhard Puff in der Fußgängerzone von Gießen zu einem Anwesenden)

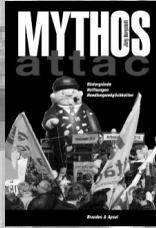
„Wenn wir mit der Projektwerkstatt fertig sind, sind Sie der Nächste!“  
(Staatsschutzchef zu einem Studierenden-vertreter während des Uni-Streiks im Herbst 2003)

„Wenn wir uns das nächste mal auf der Strasse sehen, gibt es richtig eine. Das kann ich dir schwören.“  
(BKAler in einer Kneipe gegenüber einem Politaktivisten)

## Bücher zu Widerstand & Vision

### Mythos Attac 14,90 €

Kritische Hintergründe zum Hoffnungsträger und Medien-Shootingstar: Strukturen, Strategien, politische Ziele. Perspektiven für Attac-Basisgruppen. A5, 206 S. Brandes&Apsel-Verlag. Ab 3 St. 12 €, ab 10 St. 10 €.



### Reich oder rechts 22,80 €

Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie: Wer vertritt welche Konzepte, erhält welche



### Reich oder rechts?



### Nachhaltig, modern, staats-treu? 14,- €

Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax: Aktuelle Vorschläge aus politischen Gruppen werden daraufhin untersucht, wieweit sie Markt und Staat, Diskriminierung oder Nationalismus fördern statt überwinden. Eine schonungslose Kritik von NGOs bis linksradikalen Positionen. A5, 220 S. Ab 5 St.: 11 €, ab 10 St. 9 €.

**Freie Menschen in Freien Vereinbarungen:** Gegenbilder zu Verwertung, Herrschaft und Kapitalismus – Selbstorganisation, Selbstentfaltung, Gleichberechtigung, Mensch-Natur-Verhältnis, emanzipatorische Bewegung. 164 S., A5, 10 €

**Kritische Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökostrom von unten, Herrschaftskritik, Dominanzabbau in Gruppen und Ökonomie&Ökologie. Gesammelte Texte, Dokumente, Statements. A4, je ca. 70 S.&6 €.

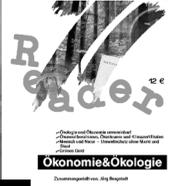
**Aktionsmappe Umwelt.** Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort: Organisation, Rechtliches, Aktionstipps, Finanzen usw. A4-Ordner. 15 €

**Das System ist schuld.** Kleines Heftchen zu Umweltzerstörung und den Ursachen. A5, 24 S., 1 €

**Blockadefibel** – Tipps für Blockaden, Lock-Ons, Besetzungen und mehr. A5, 52 S., 2 €

**Food-Koop-Handbuch.** Tipps für Gründung, Rechtliches usw. A5, 110 S., 8 €

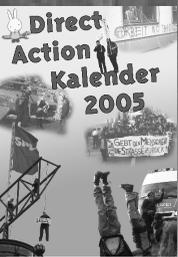
**Graue Seiten.** Kommentierte Umwelt-Adressenliste – mit Direkt-Kontakten, www und Email. A6, 64 S., 2,50 €



[www.aktionsversand.de.vu](http://www.aktionsversand.de.vu)

### Direct-Action-Kalender 2005 nur noch 2,- €

Das Feuerwerk an Ideen, Tipps und Berichten: 164 spannende Seiten mit einem übersichtlichen Kalendarium, viele konkrete Tipps zu Aktionstechniken wie Fakes, Straßentheater, Kommunikationsquerulle, Sabotage und mehr. Mit Adresshaft als Beileger. Zu einem coolen Preis. Ab 10 Stück: 1 €, Ab Juli 2005 gibts den nächsten (2006) ... dann für 4 €.



- > Entscheidungsführung von unten
- > Deutungsprozess
- > Kreative Gruppenprozesse
- > Alternativen zu Zentralen & Eliten

## ReferentInnen und Veranstaltungen aus:

- ★ FAU/Bildungssyndikat Gießen/Wetzlar
- ★ Infoladen Gießen
- ★ Humanistische Union
- ★ Beschwerdezentrum ([www.justizirtum.de](http://www.justizirtum.de))
- ★ Projektwerkstatt Saasen
- ★ Rote Hilfe, Ortsgruppe Gießen
- ★ IreñoFFensive
- ★ Umsonstladen Gießen

## Antirepression im Internet

Antirepression: [www.projektwerkstatt.de/antirepression](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression)  
Rote Hilfe (Repressionsschutz): [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)  
Prozess in Gießen: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)  
Direct-Action-Seiten: [www.direct-action.de/vu](http://www.direct-action.de/vu)

## Knast

Anti-Knastseite mit Aktionsideen usw.:  
[www.projektwerkstatt.de/antirepression/knast.html](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/knast.html)  
Umfangreiche Infoseiten zum Knast, auch viele Tipps usw.:  
[www.knast.net](http://www.knast.net)

## Materialien

Direkte Aktion/Blockadefibel  
Kleines Heftchen mit vielen konkreten Tipps für Lock-ons, Klettern, Festketten und mehr. A5, 2 €.

Lebenslänglich  
Broschüre mit Gedichten, Texten usw. aus und über den Knast. A5, 2 €.

Knast  
Heft gegen Gefängnisse. Aktionsideen. A5, 20 S., 1 €.

Kreative Antirepression  
Broschüre zu spontan umgeschriebenen Liedern, Gedichten usw. und ihren Einsatz bei Aktionen. Mit vielen Beispielen. 16 Seiten, 1 €.

Subversive Kommunikation  
Ein Heftchen wie dieses, aber mit Tipps und Tricks zu subversiver Gesprächsführung, Kommunikationsguerilla ... 16 S., 1 €.

Freie Menschen in freien Vereinbarungen  
Visionen und Rahmenbedingungen herrschaftsfreier Gesellschaft – unter anderem ohne Justiz und Knäste. 164 S., 10 €.

Die Mischung macht's!  
Broschüre zur Einführung in Direct-Action. Beispiele und Tipps, wie Aktionsmethoden gut miteinander verknüpft werden können – vom Theater über Kommunikationsguerilla bis Militanz. 16 Seiten, 1 €.

Die Polizeidokumentationen 2004 und 2005. A4, je 4 €.

## Inhaltsverzeichnis

Antirepression und Repressionsschutz .....	2
Orte und Veranstaltungsformen .....	3
Das Programm .....	4
Terminübersicht .....	12
Warum Strafe? .....	18
Die Dokumentation 2004 .....	19
Sozialabbau und Repression .....	21
Wer ist die Projektwerkstatt? .....	22
Materialien .....	23
Internetseiten, Inhalt .....	24

## Kontakt

Projektwerkstatt  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-Saasen  
V.i.S.d.P.: Jörg Bergstedt

*Mit der autoritären Gewalt wird die Justiz verschwinden. Das wird ein großer Gewinn sein – ein Gewinn von wahrhaft unberechenbarem Wert. Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasialisten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, daß je mehr Strafen verhängt werden, umso mehr Verbrechen hervorgerufen werden, ... Aus: Oskar Wilde, „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“*

Zu links:  
Alles zu bekommen über die Projektwerkstatt sowie [www.aktionsversand.de/vu](http://www.aktionsversand.de/vu).

Wir danken allen UnterstützerInnen – vom Druck dieses Hefes bis zu Spenden für den Prozess.

